



Ethisches Wirtschaften



Bild: fairtrade

FAIRTRADE
ZUCKER
KOOPERATIVE
IN PARAGUAY

Der CSR Prozess – initiiert von der IV, WKÖ und BMWA – hat seine erste Etappe durch die Präsentation der Leitlinien am 3./4. Dezember erreicht. In der vorliegenden Ausgabe steht daher, nachdem der GLOCALIST von seiner ersten Ausgabe weg die CSR Diskussion mit Beiträgen der Sozialpartner, Interessensvertretungen und NGOs publizistisch wie kein anderes Medium begleitet hat, neuerlich CSR unter der Fragestellung „Ethisches Wirtschaften und Ethischer Handel“ im Mittelpunkt.

Wir werden weiter den CSR Prozess publizistisch begleiten, da er nun in seine praktische Phase tritt: Wie werden Unternehmen diese Anforderung umsetzen und einbinden? Wir hoffen bald über good und best practice berichten zu können und laden hiermit auch alle Unternehmen ein, uns von ihren CSR Bemühungen und Pläne zu informieren. Denn eines wird es nicht sein können und dürfen: Bisherige Sponsortätigkeiten lediglich umzutauften und mit einem ton-

nenschweren Hochglanzbericht zu versehen. Dies ist sicher ein gründliches Missverständnis von dem, was CSR im Sinne der Initiatoren darstellen soll. Denn die geforderte Freiwilligkeit von CSR wird so rasch seine Glaubwürdigkeit verlieren und den Kritikern recht geben, wonach CSR gesetzlich verpflichtend sein soll, will CSR erfolgreich und glaubwürdig sein.

Aber auch NGOs werden sich reorientieren müssen, denn CSR bedeutet nicht ein neues, feines Rhetorik-Tool für das Sponsoring erhalten zu haben, sondern CSR ist ein unternehmensstrategischer Prozess im Rahmen integrierter Kommunikation und Wertschöpfung mit sozialer Verantwortung. Hier sind NGOs nicht nur simple Geldempfänger zur Realisierung ihrer Projekte, sondern sind als ernsthafter und kompetenter Dialogpartner gefordert, die auch selbst natürlich innerhalb ihrer eigenen Organisationen CSR realisieren zu haben.

Brunnenbau das Mascherl CSR umzuhängen wird und kann es nicht sein. Bei CSR handelt es sich um eine qualitative, moderne Transformation von Bekanntem wie Ethik, Moral und Verantwortung. Ich denke, dies wird auch die Stunde unabhängiger Philosophen sein, denn eines ist CSR der Begrifflichkeit und Intention nach den vorliegenden Dokumenten sicher nicht: Triviale Geldbeschaffung und Marketinggag.

Hier wird man sehr genau schauen müssen, dass CSR nicht zu einem offensichtlichen und leichtfüßigen manum manu lavat verkommt. Dies genau zu beleuchten, wird zu gutem Teil in der Verantwortung der Medien liegen.

Last, but not least wird auch der Staat gefordert sein, damit NGOs und Unternehmen den demokratiepolitischen und ökonomischen Raum verfügen, um CSR überhaupt realisieren zu können.

Viel Freude beim Lesen wünscht
Christian Neugebauer

Inhalt:

NGO der Woche

FIFTITU % 4

Kampagne der Woche

Stoptline - Meldestelle gegen Kinderpornographie und
Rechtsradikalismus 6

Tierschutzgesetz Folge II 9

30 Jahre Umweltdachverband 10

Entwicklungspolitik

Positionspapier der AGEZ zum UN-Weltgipfel zur
Informationsgesellschaft 12

Ethisches Wirtschaften

10 Jahre FAIRTRADE – a Story of Success 14

Die soziale Verantwortung von Unternehmen (CSR) aus
zivilgesellschaftlicher Perspektive 17

CSR Austria – Unternehmen übernehmen gesellschaftliche
Verantwortung. Wilhelm Autischer 18

Ethik im Wirtschaftsprozess: Alles Kaufkraft, oder was?
York Lunau 20

Ethisch-ökologisches Investment. Susanne Hasenhüttl 22

Was heisst faire Kleidung? Ein Beispiel für Ethisches
Wirtschaften. Elisabeth Schinzel 24

CSR – zwischen Greenwashing und ganzheitlicher Strategie
Silke Riedel 26

Nachhaltiges Investment 27

10 Jahre Briefbombenterror

10 Jahre Briefbomben - Völkische Ideologen haben Marsch
durch Institutionen angetreten. SOS-MITMENSCH 28

„Tu felix Austria siehst weg!“ Hans-Christian Scheid 29

Veranstaltungen - Kalender 29/30

Geomultimedia 31

AMS - Künstlerservice 33

Theater 35

Vermischte Meldungen 37 - 39

Handbuch NGO/NPO 3 + 40

VORSCHAU

15. Dezember

Schwerpunktthema:

Kulturpolitik

•

Nächstfolgende Ausgabe:

12.1 2004

Impressum

Glocalist Review : Digitale
Wochenzeitschrift für
NGO&NPO-Management,
Politik, Ökonomie und Kultur;
Gegr. 2003

Medieninhaber, Herausgeber
und Verleger: Dr. Christian
Neugebauer
Redaktion: A-1035 Wien,
Postfach 54, KW Glocalist
Review; oder per Mail an
redaktion@glocalist-review.com

Anzeigenverwaltung:
0699/11 88 16 43
anzeigenleitung@glocalist-
review.com

Abo-Service:
e-mail: office@glocalist-
review.com
Bezugsabmeldung nur zum
Ende des vereinbarten
Zeitraumes mit sechswöchiger
Kündigungsfrist.

Internet:
www.glocalist-review.com
Mail:

office@glocalist-review.com
Bankverbindung: BLZ 20111
Kto: 281 666 472 00

Für unverlangt eingesandte
Manuskripte und LeserInnen-
briefe wird keine Haftung und
Gewährleistung übernommen.
Der Herausgeber und die
Redaktion behalten sich even-
tuelle Kürzungen vor. Nament-
lich gekennzeichnete Beiträge
drücken nicht unbedingt die
Meinung des Herausgebers und
der Redaktion aus und für diese
Beiträge und ihren Wahrheits-
gehalt haften ausschließlich die
AutorInnen.

HANDBUCH der

Österreichischen NGOs & NPOs 2004

2004 erscheint das 1. Handbuch der Öster. NGOs & NPOs, welches vom GLOCALIST REVIEW herausgegeben wird.

INHALT des Handbuches: Sechs Leitbeiträge
NGOs & NPOs nach Kategorien
Vereinsregister
Business & Experten

Für alle **NGOs & NPOs** mit Sitz in Österreich ist folgender Grundeintrag **kostenlos**:

Stammdaten	Kategorienwahlen	
Name	Arbeit & Beruf	Natur, Tier & Pflanze
Vorstand (Obfrau/mann, Kassier, SchriftführerIn)	Behinderung	Netzwerke & Dachverband
Geschäftsführung (Vor/Zuname)	Beratung & Seminar	Ökologie
PR&Öffentlichkeit (Vor/Zuname)	Berufsverbände	Parteien
Jahreseinnahme 2003 (freiwillig)	Bildung	Politik, Minderheiten
Anzahl der Mitarbeiter 2003 (freiwillig): Fix /Frei	EZA	Psyche und Seele
Anzahl Vereinsmitglieder 2003 (freiwillig)	Fonds & Gemeinnützige Stiftungen	Religion & Weltanschauung
Gründungsjahr:	Frauen	Selbsthilfegruppen
Rechtsform:	Freizeit & Wellness	Software & Internet
Gemeinnützigkeit: Ja/Nein	Gesundheit und Fürsorge	Soziales
Spendegütesiegel: Ja/Nein - Andere Siegel	Globalisierung	Sport
Auszeichnungen (z.B. FMA Award, CCA etc.)	Homosexualität	Tourismus
Mitglied in folgenden Netzwerken/Dachverbände:	Kinder & Jugend	Verkehr & Transport
Adresse	Konsumentenschutz	Wirtschaft
Tel/Fax	Kunst & Kultur	Wissenschaft & Forschung
Web - Mail	Medien	Freie Kategorie:
Kurzbeschreibung mit max. 500 Zeichen inkl. Leerzeichen		_____

Für alle **Business & Experten** mit Sitz in Österreich und Angebotsschwerpunkten für NPO/ NGO ist folgender Grundeintrag **kostenlos**:

Firma	Tel/Fax
Branche	Web - Mail
Geschäftsführer	Geschäftsfeldbeschreibung
Adresse	(max. 100 Zeichen)

Die Zusendung der Daten gilt als konkludentes Einverständnis zur honorarfreien Publikation im Handbuch der Österreichischen NGOs und NPOs. Für die Richtigkeit der Angaben übernimmt der Herausgeber keine Gewähr. Die Redaktion behält sich die Publikation und Kürzungen von Einsendungen ohne Angaben von Gründen und Rücksprache vor. Für Einträge werden keine Belegexemplare und Bürstenabzüge zugestellt. Geplanter unverbindlicher Erscheinungstermin ist der 30. März. Das Handbuch wird sowohl in print als auch digital aufgelegt.

Unterlagen an: office@glocalist-review.com

Oder fordern Sie das Eintrags-Formular kostenlos an: office@glocalist-review.com

Insertionen: Preis auf Anfrage.

>> Zur Subskription

„Frauen, die nicht fordern, werden beim Wort genommen, sie bekommen nichts“ (Simone de Beauvoir)

FIFTITU % - Vernetzungsstelle für Frauen in Kunst und Kultur in OÖ

Von Andrea Mayer-Edoloeyi (Projektmitarbeiterin bei FIFTITU%)



„FIFTITU %“?

FIFTITU % steht für ein schlichtes Faktum: 52% der Weltbevölkerung sind Frauen.

FIFTITU % bringt aber auch einen Missstand zum Ausdruck: dass 52% der Weltbevölkerung – der Mehrheit also – weniger Chancen auf Entwicklung und Repräsentation zukommen als der männlichen Minderheit. FIFTITU % spürt den Gründen mangelnder Gleichberechtigung am weiten Feld künstlerischen und kulturellen Handelns nach, nennt sie öffentlich beim Namen und arbeitet an Strategien zu ihrer Überwindung. FIFTITU % durchsetzt die heimische Kulturszene mit aktuellen feministischen und kulturpolitischen Themen und lädt zur Diskussion ein. FIFTITU % ist der Knotenpunkt eines oberösterreichischen Netzwerkes von Frauen in Kunst und Kultur.

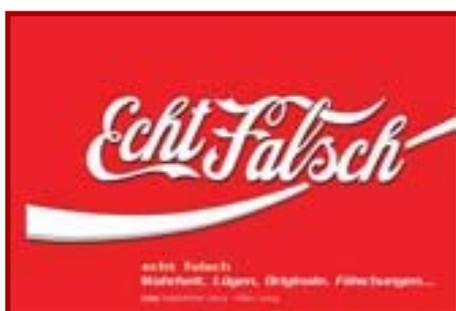
gefunden. Sie erkannten bald die Notwendigkeit einer aktionsfähigen Pressure Group für frauenpolitische Akzente in Kulturarbeit und –politik. Ein wesentliches Ziel des Vereins war daher von Beginn an die Errichtung einer Vernetzungsstelle für Frauen in Kunst und Kultur.

Seit der Vereinsgründung hat FIFTITU % das Kulturgschehen mit einer Vielzahl von Aktivitäten bereichert. Kontinuierliche Medien- und Informationsarbeit, Lobbying, internationales Networking und die Präsenz bei öffentlichen Diskussionen prägen das tägliche Aufgabenfeld. Darüber hinaus hat FIFTITU % vor allem mit dezentralen Kunst-, Kultur und Diskursprojekten von sich reden gemacht.

Fulminanter Start war die „frauen.kultur.woche '99“: ein spartenübergreifendes, Veranstaltungsprojekt in allen Bezirken Oberösterreichs, das die Vielfalt weiblicher Kunst- und Kulturproduktion unter Beweis stellte – und gegen das Hintergrunddasein von Frauen in Kulturinitiativen auftrat.

Die Vernetzungsstelle und ihre Aufgaben

Die von FIFTITU % und Linzer Kulturaktivistinnen erkämpfte Ver-



ECHT-FALSCH – VERBORGENE FRAUEN:
REBECCA CLARKE KOMPONIERTE ALS
ANTHONY TRENT

Geschichte

1998 konstituierte sich „FIFTITU %“ als „Verein zur Förderung von Kunst und Kultur von Frauen in Oberösterreich“. Bereits einige Jahre davor hatten sich engagierte Mitarbeiterinnen in heimischen Zeitkulturinitiativen zur Frauengesprächsrunde der KUPF (Kulturplattform Oberösterreich) zusammen-

netzungsstelle für Frauen in Kunst und Kultur versteht sich als Service- und Informationsstelle für kulturschaffende Frauen. Im Rahmen ihrer kulturpolitischen Arbeit und ihrer Projekte tritt die Vernetzungsstelle für Parität der Geschlechter in Kunst, Kultur und Gesellschaft ein.

Die aktuellen Schwerpunkte von FIFTITU%

Die Informationsweitergabe, die Beratung in (Kultur)Förderungsangelegenheiten und die Organisation von Weiterbildungsangeboten und Workshops für kulturschaffende Frauen in Oberösterreich ist Kern der Arbeit ebenso wie kulturpolitische Aktivitäten, z.B. der Einsatz für geschlechterparitätisch besetzte Gremien (z.B. Protest gegen die männerdominierte Besetzung des Landeskulturbeirats) oder Öffentlichkeitsarbeit für die Besetzung von Führungspositionen im Kunst- und Kulturbereich (jüngst: künstlerische Leitung des Lentos).

FIFTITU% bereichert die "Szene" durch das Initiieren künstlerischer und kultureller Projekte von Frauen, so arbeitet FIFTITU% im Frühjahr 2004 zum Thema „Verborgene Frauen“ (Frauen, die unter Pseudonymen künstlerisch tätig waren) im Rahmen der Reihe „Echt-Falsch“ und wird sich mit Eventkultur und den Konzepten für eine Kulturhauptstadt 2009 im Rahmen eines Projektes im nächsten Jahr auseinandersetzen. Ein mobiler Frauenraum „Trans.Modul“ macht weithin sichtbar bei Projekten im öffentlichen Raum auf FIFTITU% aufmerksam.

FIFTITU% beteiligt sich am EQUAL-Projekt ARTWORKS – Künstlerische Dienstleistungen im Dritten Sektor mit der Organisation einer Gründerinnenwerkstatt für Künstlerinnen (gemeinsam mit dem Institut für Kulturkonzepte). ■

Info:

FIFTITU % - Vernetzungsstelle für Frauen in Kunst und Kultur in OÖ
Kapuzinerstraße 36/1, A-4020 Linz
Fon: 0043(0)732 - 770353
E-Mail: fiftitu@servus.at
WWW: <http://www.fiftitu.at>

Geschäftsführung: Herta Gurtner;
Projektmitarbeiterin: Andrea Mayer-Edoloeyi
Vorstand: Gabriele Heidegger, Veronika Almer, Claudia Seigmann, Gerlinde Schmierer, Manuela Mittermayer, Ursula Kolar, Michaela Schoissengeier

Publikationen und Materialien

„frauen.fordern.kultur“: ein kulturpolitischer Forderungskatalog, Update Dezember 2003

Mousepads mit flotten Sprüchen von Frauen

(A)Typisch Frau – Zwischen allen Stühlen - Atypische Beschäftigungsverhältnisse für Frauen in Kunst und Kultur, Tagungsdokumentation, 2002

„Platz nehmen!“, die Machbarkeitsstudie von Andrea Mayer-Edoloeyi, ein Networking-Konzept von und für kunst- & kulturschaffende Frauen, 2000

„Platz da!“, Dokumentation der frauen.kultur.woche, 1999

Die Autorin:

Andrea Mayer-Edoloeyi ist Projektmitarbeiterin bei FIFTITU% für ARTWORKS und Vorstandsmitglied des Dachverbandes der OÖ. Kulturinitiativen KUPF.



BRAINSTORMING TREFFEN MIT KULTURSCHAFFENDEN FRAUEN, JUNI 2003



FRAUENRAUM „TRANS.MODUL“ AUF DER OÖ. FRAUENMESSE 2003

Stopleveline – Meldestelle gegen Kinderpornographie und Rechtsradikalismus



Bilder: ispa

Das Internet ist ein faszinierendes Medium. Es bietet dem User – ob im privaten, öffentlichen oder geschäftlichen Bereich – ungeahnte Nutzungsmöglichkeiten. Weltweiter Datentransfer in Sekundenschnelle, Zugang zu laufend aktuelle Informationen und uneingeschränkte Präsentation von Inhalten sind nur einige der vielen Vorteile des Internets.

Genau hier liegen aber auch seine Gefahren. Denn diese weltweite Vernetzung wird zunehmend von Kriminellen missbraucht, um illegale Inhalte zu verbreiten. Der Verband der österreichischen Internet Service Provider (ISPA) will sich und seine Kunden davor schützen und dazu beitragen, solche Handlungen im Internet zu unterbinden. Dazu bietet er einen Service der besonderen Art an: Stopleveline.

www.stopleveline.at ist eine Anlaufstelle für Personen, die im Internet zufällig auf illegales Material stoßen. In ihren

Zuständigkeitsbereich fallen ausschließlich kinderpornographische und neonazistische Inhalte. Eine Meldung an die Stopleveline kann auf zwei Arten erfolgen: entweder man füllt direkt das Formular auf der Homepage www.stopleveline.at aus oder man meldet den illegalen Inhalt per E-Mail an meldung@stopleveline.at. Je nach Wunsch des Absenders kann dieser anonym bleiben oder seine Absender-Adresse bekanntgeben. Ist eine E-Mail Adresse angeführt, sendet die Stopleveline eine Antwort, in der sie den Erhalt der Meldung bestätigt. Eine Rückmeldung betreffend den gemeldeten Inhalt kann aber nicht gegeben werden. Absender-Adressen werden in keinem Fall an die Exekutive weitergeleitet.

Es wird hier ausdrücklich davon abgeraten, Bildmaterial mitzusenden, da dies bereits eine illegale Handlung darstellen kann. Den Mitarbeitern der Stopleveline genügt zur Nachverfolgung der Meldung eine möglichst genaue Quellenangabe

des verdächtigen Materials. Dies sind eine eindeutige URL bei Inhalten auf Homepages (www), eine genaue Angabe des Autors, des Datums, des Betreffs und/oder des Suchbegriffes bei Filesharing-Programmen (z.B. Kazaa) bzw. eine Beschreibung des Postings bei Newsgroups. Wichtig sind dabei der Name der Newsgroup, der Newsserver, Absender, Datum und Betreff des Postings.

Abhängig von der Qualität der Meldung ist das Auffinden des Inhaltes mehr oder weniger zeitaufwendig - je genauer die „Wegbeschreibung“, desto erfolgreicher kann gearbeitet werden. Die Mitarbeiter der Stopleveline überprüfen, ob der gemeldete Inhalt tatsächlich - nach österreichischem Recht (§ 207a StGB, Verbots- und Abzeichengesetz, ...) - illegal ist. Bei vermutlich gesetzeswidrigem Material wird das Ursprungsland durch die Stopleveline ermittelt, also der Standort des Providers bzw. Servers, über den der illegale Inhalt publiziert wurde. Je

nach Inhalt wird der illegale Inhalt an die zuständige österreichische Exekutive weitergeleitet, mit der eine sehr gute Zusammenarbeit besteht. Ist ein österreichischer Internet Service Provider betroffen, wird er gleichzeitig mit den Behörden kontaktiert und über den illegalen Inhalt informiert. Beide Adressaten sollten entsprechende weitere Maßnahmen setzen, insbesondere den Inhalt aus dem Netz zu entfernen. Wird das illegale Material über einen ausländischen Server verbreitet, werden trotzdem die heimischen Behörden verständigt. Zusätzlich leitet die Stopleveline - wenn möglich, d.h. wenn bekannt - die Informationen an ausländische Partner-Hotlines weiter, die ihrerseits ihren Arbeitsablauf starten und die Behörden in ihrem Land in Kenntnis setzen.

Bei der Bearbeitung von Meldungen ist ein guter Kontakt zu den anderen Beteiligten wichtig - Nachrichten müssen die richtigen Personen erreichen, die Meldungen müssen ernst genommen werden und man muss vor allem sofort reagieren. Ein besonderes Anliegen der Stopleveline ist, auf illegale Inhalte im Internet unverzüglich zu reagieren, da diese sich im Internet laufend verändern und innerhalb kürzester Zeit entfernt oder an anderen Stellen publiziert werden können.

Deshalb wurde von den Stopleveline-Mitarbeiter besonderes Augenmerk darauf gelegt, dass der Kontakt mit Providern ständig verbessert wird. Auch die Behörden schätzen die Stopleveline als Eigeninitiative der Wirtschaft und erachten sie als wich-

tigen Partner. Die Kommunikation zwischen Innenministerium (Interpol und Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung) und der Stopleveline funktioniert reibungslos.

Der Stopleveline übergeordnet ist der Stopleveline-Beirat. Dieser Beirat ist ein Forum der Kommunikation zwischen den Behörden, der Internet-Branche und weiteren Fachleuten wie Technikern und Juristen.

In den letzten Jahren hat es vermehrt Initiativen internationaler Organisationen (darunter auch der EU) gegeben, illegale Inhalte im Internet - allen voran Kinderpornographie - zu bekämpfen. So wurde bereits 1999 unter anderem ein weltweites Netzwerk geschaffen (INHOPE - www.inhope.org), um effektiv und grenzüberschreitend gegen illegale Inhalte im Internet auftreten zu können. ■

Weitere Informationen



unter www.stopleveline.at
Anfragen unter office@stopleveline.at



Abb. 1: Gerhard Radasics findet Beschäftigung in einem Fahrradverleih. Abb. 2: Unternehmer findet diesen Fahrradverleih auf „Sozialprojekte.com“. Ohne Abb.: Viele weitere Produkte und Dienstleistungen. Zu finden auf „Sozialprojekte.com“. Wir bringen das zusammen.

Zwei-Klassen-Tierschutz



Bild: Vier Pfoten

Auf Einladung des GLOCALIST die Antwort von Vier Pfoten auf den Beitrag der ÖVP in der Ausgabe Nr.10 des GLOCALIST zum Tierschutzgesetz.

Ein Jahr nach dem Last-Minute-Wahlkampfversprechen versucht die ÖVP der Öffentlichkeit dass angeblich modernste Tierschutzgesetz Europas zu verkaufen. Aus Tierschutzsicht ist dieser ÖVP-Entwurf aber unvollständig und inhaltlich vollkommen unbefriedigend. Bisher geleistete Tierschutzarbeit wird beharrlich ignoriert, derzeit geltende Tierschutznormen werden unterschritten, statt dessen wird ein Zwei-Klassen-Tierschutz forciert: Einerseits Heimtiere, Zoo- oder Wildtiere, andererseits die große Gruppe der Nutztiere.

Sind Nutztiere Tiere zweiter Klasse?

Die Hälfte des Gesetzes – also sämtliche Nutztierregelungen – liegt der

Begutachtung nicht vor. Statt dessen sind Verordnungsermächtigungen geplant. Damit wird den zuständigen Ministern ein Persilschein abseits der parlamentarischen Öffentlichkeit ausgestellt, der sie dazu ermächtigt, nach Gutdünken zu schalten und zu walten! Wenn es nach dem Willen von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel geht, gackern demnächst wieder mehr Hühner hinter Gittern. Käfighaltern in ganz Österreich stehen Stalltür und Tor offen, Legebatterien werden auch in den Bundesländern wieder salonfähig gemacht, die den Ausstieg bereits geschafft haben.

Breite Masse der Tiere bleibt auf der Strecke

Die ÖVP-Latte für den Tierschutz wird also derart nieder angelegt, dass die breite Masse der Tiere auf der Strecke bleibt. Keine Spur von einer – auch im Tierschutzvolksbegehren vehement geforderten – unabhängigen Tieranwaltschaft. Der statt dessen versprochene Tier-

schutzbeirat hat lediglich eine Alibifunktion. Denn bei zehn Vertretern der Agrarlobby im Beirat bleiben Tierschützer deutlich unterrepräsentiert. Zu wessen Gunsten die Entscheidungen ausfallen werden, lässt sich auch ohne hellseherische Fähigkeiten eindeutig vorher sagen.

Nach gründlicher Durchsicht des ÖVP-Entwurfes müssen VIER PFOTEN festhalten, dass Verbesserungen für Tiere nur dort vorgesehen sind, wo keine wirtschaftlichen Lobbyinteressen beschnitten werden. Von wegen "modernstes Tierschutzgesetz Europas" – wenn die ÖVP ihren Willen durchsetzt, endet die Vorreiterrolle in Vorarlberg, Wien, Kärnten, Salzburg und Tirol. ■





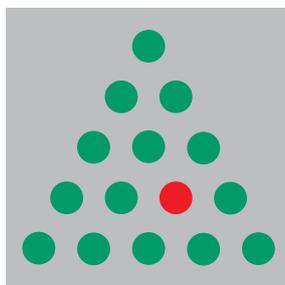
DR. GERHARD HEILINGBRUNNER
PRÄSIDENT DES UMWELTDACH-
VERBANDES

Der Umweltdachverband blickt auf drei Jahrzehnte erfolgreiche Arbeit zurück! Mit seinen Bereichen FORUM Umweltbildung, CIPRA-Österreich und EU-Umweltbüro sowie 33 Mitgliedsorganisationen ist er ein maßgeblicher Faktor in allen Angelegenheiten des Natur- und Umweltschutzes geworden.

1973 wurde der Umweltdachverband als "Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz" aus der Taufe gehoben. Bei der konstituierenden Sitzung am 27. März im Palais Auersperg gründeten namhafte Wegbereiter wie die Naturfreunde, der Alpenverein, der Touristenklub, der Naturschutzbund und die Bergwacht die "ÖGNU", um dem aufkeimenden Ökologiedanken in unserem Land zum Durchstart zu verhelfen. Erster Präsident war Dr. Herbert Moritz (bis Dezember 1984), ihm folgten Dr. Herbert Salcher (bis Juni 1986) und Bürgermeister Alfred Stingl (bis Juni 1993) – und seit 10 Jahren steht Dr. Gerhard Heilingbrunner an vorderster Front des Umweltdachverbandes.

Vom Start weg: Müllvermeidung, Umwelterziehung und Bürgerrechte

Die Anfangsjahre waren geprägt vom Einsatz in Sachen Abfallwirtschaftspolitik, Deponietechnik, Müllvermeidung sowie Wasser- und Abwasserfragen. Darüber hinaus lau-



Umwelt Dachverband

tete das Ziel, Ökologie-Themen in einer breiteren Öffentlichkeit zu verankern. 1983 wurde deshalb die ARGE Umwelterziehung gegründet, die sich mit Unterstützung des Umwelt- und des Bildungsministeriums in den letzten zwei Jahrzehnten als FORUM Umweltbildung zur zentralen Kraft in Sachen ökologischer Bildung gemausert hat. "Nicht mehr der Aktionismus, sondern konkrete Antworten waren

gefragt", stellte Dipl.-Ing. Walter Scharf, Geschäftsführer von 1983-92, für die 80er Jahre fest. Dass der Umweltdachverband aber auch auf die Barrikaden steigen kann, um der Bevölkerung vor Ort erfolgreich Beistand zu leisten, zeigte sich am Beispiel der Schotternarben in der Natur – hier wurden die Unzulänglichkeiten des Berggesetzes deutlich, und es galt, die scheinbare Allmacht der Bergbehörden zu brechen – was gemeinsam mit vielen betroffenen Gemeinden und Bürgerinitiativen in den 1990er Jahren gelang. Jetzt sind im Mineralrohstoffgesetz (MinRog) sowohl Umwelt- als auch Bürger- und Anrainerrechte verankert.

Engagement zahlt sich aus: Natur und Schutzgebiete

Österreich kann derzeit auf sechs Nationalparks mit insgesamt 2.300 km² Fläche stolz sein. Alpinvereine und Naturschutzorganisationen im Umweltdachverband engagierten sich von Beginn an für diese Naturjuwelen. Nicht zuletzt war es die Zusammenarbeit und Abstimmung im Dachverband, die dem Nationalpark Hohe Tauern in den 80er Jahren zum Durchbruch verholfen hat. Gerhard Heilingbrunner etwa hat die Weichenstellung dafür mitgeprägt,

dass in den Donau-Auen bei Hainburg heute doch kein Kraftwerk steht, sondern eine der letzten großen unverbauten Flussauen Mitteleuropas seit 1996 durch einen Nationalpark geschützt ist. 1997 waren dann die Kalkalpen reif für die IUCN-Anerkennung. Hier hatte Mag. Franz Maier, seit 1994 Geschäftsführer des Umweltdachverbandes, wesentlichen Anteil an der Realisierung. Maßgebliche Beiträge leistete der Umweltdachverband auch für den Nationalpark Thayatal, etwa bereits 1990 mit der Vergabe des Ford-Umweltpreises an die Bürgerinitiative zur Erhaltung des Thayatales. Und auch das jüngste Kind, das Gesäuse, befand sich von Anbeginn unter den Fittichen des Umweltdachverbandes.

Auch andere Schutzgebiete tragen mit seine Handschrift: Gemeinsam mit dem Verband der Naturparke Österreichs (VNO) wurde 1999 mit dem "Jahr der Naturparke" ein Aufschwung und eine Weiterentwicklung der Naturparke eingeleitet. Wegbereiter für das UNESCO-Welterbegebiet Hallstatt-Dachstein/Salzkammergut war Prof. Hubert Trimmel, Vizepräsident des Umweltdachverbandes und Ehrenpräsident des Verbandes Österreichischer Höhlenforscher (VÖH). Last but not least geht auch der entscheidende Antrieb für den Biosphärenpark Wienerwald auf die Initiative des Umweltdachverbandes zurück. Inzwischen wird bereits an der konkreten Umsetzung dieses Schutz- und Entwicklungsmodells gearbeitet.

Seit Ende der 90er Jahre setzt sich der Umweltdachverband weiters dafür ein, das europaweite Naturschutznetzwerk Natura 2000 in Österreich umzusetzen und ein Netz an Gebieten zum Schutz von bedrohten Tier- und Pflanzenarten und deren Lebensräumen auszuweisen. Darüber hinaus wurden 2001 mit

einem "Aktionsplan" entscheidende Impulse für einen neuen Aufbruch in Richtung naturnahe, nachhaltige Landwirtschaft gesetzt und eine Kampagne – das "Bauernmanifest" – durchgeführt.

Widerstand macht Sinn: Ausverkauf heimischer Ressourcen gestoppt!

In den letzten Jahren hat sich der Umweltdachverband immer wieder vehement gegen den Ausverkauf lebenswichtiger Ressourcen gerichtet. Mit Erfolg – so konnte 1996/97 bei der Ausgliederung der Bundesforste als Aktiengesellschaft eine Substanzerhaltungsverpflichtung erreicht werden. Weiters gelang es, einen Verkauf wichtiger heimischer Seen – wie etwa Atter- und Wörthersee – zu vereiteln. Außerdem wurde der Verkauf des Revieres Wildalpen, der Quellschutzwälder der Stadt Wien, und die Veräusserung wertvoller Wienerwaldwiesen durch die Bundesforste verhindert.

Einer der größten Triumphe der letzten Jahre war die Verhinderung des Verkaufs der Verfügungsrechte heimischen Wasserkraftstroms an den deutschen Atomkonzern E.ON. Mit der österreichischen Stromlösung, die nach langem zähem Ringen im Vorjahr unter Dach und Fach gebracht werden konnte, sind nicht nur große Teile der heimischen Wasserkraft vor dem Ausverkauf an Atomstromkonzerne gesichert, es entsteht auch ein Player im europäischen Energiebinnenmarkt, der den heimischen Wasserkraftstrom bestmöglich für unser Land verwerten kann.

Volle Kraft voraus: Schulterschluss für unser Wasser

Im Jubiläumsjahr brachte der Umweltdachverband einiges in Fluss – kein Wunder, stand im Inter-

nationalen "Jahr des Wassers" doch der größte heimische Schatz im Zentrum. Gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen startete der Umweltdachverband eine österreichweite Informations- und Unterschriftenkampagne, die u.a. darauf abzielt, den Schutz des weißen Goldes verfassungsrechtlich zu verankern und gegen die Liberalisierung und Privatisierung der Wasserver- und -entsorgung und den Verlust der Souveränität bei der Bewirtschaftung unserer Wasserreserven zu kämpfen. Auch hier konnten bereits erste konkrete Erfolge verzeichnet werden: Nach Wien haben auch Niederösterreich und Oberösterreich den Schutz des Wassers bereits in der Landesverfassung verankert. ■

Info:

Dr. Gerhard Heilingbrunner,
Präsident,
Mag. Franz Maier, Geschäftsführer
Dr. Sylvia Steinbauer,
Öffentlichkeitsarbeit
<http://www.umweltdachverband.at>

Positionspapier der AGEZ zum UN-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft

(10. bis 12. Dezember 2003 in Genf) – Kurzversion (erstellt von GLOCALIST REVIEW

– die authentische Vollversion ist unter dem Link

<http://www.oneworld.at/agez/WSIS%20Positionspapier%20Dezember%202003.pdf>

kostenlos downlaodbar)

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit und die Informations- und Wissensgesellschaft“

„Information ohne Entwicklung ist möglich, Entwicklung ohne Information und ohne die Fähigkeit, sich zu artikulieren, ist unmöglich.“

(Natasha Primo, Women'sNet)

Präambel

Der UN-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (World Summit on the Information Society, WSIS) befasst sich mit dem Wandel von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft. Sein zentrales Thema ist die Entwicklung einer gemeinsamen Vision von der im Entstehen begriffenen Informations- und Wissensgesellschaft. Die erste Konferenz des WSIS findet vom 10.-12. Dezember 2003 in Genf statt, die zweite Konferenz vom 16.-18. November 2005 in Tunis. Die Vereinten Nationen beauftragten die ITU (International Telecommunication Union) mit der Organisation des Gipfels. ITU ist ein weltweiter Zusammenschluss von Staaten und Unternehmen des Telekommunikationssektors mit vorwiegend normierenden Aufgaben.

Information ist ein Produktionsfaktor und eine Entwicklungsressource. Zunehmende Kommerzialisierung

und Privatisierung von Wissen und Information und die daraus folgenden Konsequenzen für Zugang und Verwertung von Wissen als öffentliches Gut erfordern die Befassung und Positionierung von unterschiedlichen Sektoren der Gesellschaft. Ziel der Entwicklungszusammenarbeit muss es sein, die Technik in den Dienst einer nachhaltigen Entwicklung zu stellen und die Lebensqualität der Menschen zu steigern. Der Zugang zu Information und Wissen kann den Zugang zu anderen Ressourcen, wie ökonomischen oder gesundheitspezifischen erleichtern.

Politikziel: Entwicklung von Strategien auf dem Wege zur Wissensgesellschaft

Mehrere Länder in Entwicklung haben in Hinblick auf die wachsende Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien bereits nationale Strategien ausgearbeitet. In vielen Ländern vollziehen sich Aufbau und Verbreitung der IKTs im Rahmen von Privatisierungsmaßnahmen und von Vertragswerken zwischen Privatunternehmen und dem Staat. Oft fehlt es diesen Maßnahmen an juristischer Klarheit, an Transparenz und an Monitoring. Aufgrund ihrer ökonomischen Machtposition können globale Unternehmen die Wissensinhalte bestimmen. Dies kann zu einer

wachsenden Monopolisierung von Informations- und Wissensverbreitung führen. Die anhaltende Diskussion um den Stellenwert von „intellectual property rights“ bei der AIDS-Bekämpfung illustriert anschaulich die Problematik.

Politikziel:

Demokratieentwicklung und Wahrung der medialen Vielfalt durch demokratisches Monitoring

Information und Wissen ist als öffentliches Gut zu betrachten und nicht als Ware zu handeln. Damit die im Aufbau befindliche Wissensgesellschaft ein kollektives Werk aller Länder und sozialer Sektoren wird, ist die Schaffung der entsprechenden Voraussetzungen und Rahmenbedingungen erforderlich. Erst dann kann sich die Vielfalt von Fähigkeiten, Erfahrungen und Visionen unterschiedlicher sozialer Gruppen und Kulturen innerhalb einer künftigen Gesellschaft widerspiegeln. Dies erfordert jedoch die Achtung vor dem Recht auf Information und Kommunikation als ein Menschenrecht, zu dessen Respektierung die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundlagen geschaffen werden müssen. IKTs können kollektives Handeln erleichtern und somit die Umsetzung von Menschenrechten fördern. Regierungen ebenso wie die unterschiedlichen Sektoren der

Zivilgesellschaft sind aufgerufen, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Information und Kommunikation darf weder durch politische noch ökonomische oder kulturelle Zensur eingeschränkt werden.

Politikziel: Überwindung der digitalen Kluft

Die AGEZ stellt fest, dass aus entwicklungspolitischer Sicht keinesfalls von einer Informationsgesellschaft gesprochen werden kann. Bereits jetzt hat sich eine Kluft zwischen den Informationsarmen ohne Zugang zu den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien und den Informationsreichen mit den entsprechenden Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten herausgebildet. Die digitale Kluft ist jedoch nicht durch den unterschiedlichen Zugang zu technischen Ressourcen entstanden. Der ungleiche Zugang zu Information und Wissen kommt durch ungleiche ökonomische, soziale und politische Machtverhältnisse in allen Gesellschaftsbereichen zustande. Er ist eine Folge und Verschärfung des jahrhundertlang bestehenden Machtgefälles zwischen Nord und Süd, zwischen Stadt und Land, zwischen Männern und Frauen.

Politikziel: Gleichstellung der Geschlechter bei Zugang zu Wissen und Austausch von Information

Politiken zur Überwindung von ungleichen Behandlungen zwischen den Geschlechtern müssen in allen sozialen Bereichen gefördert werden. Dies hat in Erfüllung internationaler Verpflichtungen (Aktionsplattform/Peking, Menschenrechtskonferenz/Wien, Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau/New York und den Millenniumsentwicklungsziele/New York) zu geschehen. Die aktive

Beteiligung und Einbindung von Frauen in die jeweilige Gesellschaft wie auch in die Wirtschaftskreisläufe der Wissensgesellschaft ist aber nur möglich, wenn den Frauen sowohl der Zugang zu den IKTs als auch die Aneignung der erforderlichen technischen Kenntnissen gewährleistet wird. Ohne Genderperspektive werden IKTs kein geeignetes Mittel zur Förderung einer menschengerechten Entwicklung sein. Die AGEZ ist der Überzeugung, dass in den IKTs ein großes Potenzial für das Empowerment von Frauen liegt und sie dabei unterstützen können, auf politischem, kulturellem, sozialem und ökonomischem Gebiet die Gleichstellung zu Männern zu erreichen und ein Leben frei von Gewalt und in Würde führen zu können.

Politikziel: Wahrung der kulturellen und medialen Vielfalt

Die Reduzierung der Informationsgesellschaft auf die Nutzungsmöglichkeiten der modernen IKTs (insbesondere des Internets) stellt speziell im entwicklungspolitischen Kontext eine Missachtung der Vielfalt von bereits existierenden Kommunikationsmitteln und Methoden dar. Die Ermächtigung von Frauen und Männer zur Gestaltung von Entwicklungsprozessen und zur Teilnahme an diesen erfolgt auch durch den respektvollen Umgang mit bekannten und bewährten Mitteln und Methoden. Die gleichrangige Nutzung von unterschiedlichen traditionellen Kommunikationsmitteln und modernen Technologien trägt zur Entwicklung von selbstbewussten Frauen und Männern bei.

Die AGEZ fordert die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit auf, bei ihren Entwicklungsmaßnahmen den Einsatz von bewährten traditionellen und von modernen IKTs ausdrücklich vorzusehen. Auch mit der

Umsetzung von nur einigen der vorgeschlagenen Maßnahmen nimmt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit die Rolle einer Vorreiterin und Gestalterin der neuen Wissensgesellschaft zu Gunsten der benachteiligten Gesellschaftsschichten ein und handelt damit im Sinne einer gerechteren Welt. ■

Wien, 1. Dezember 2003

AGEZ – Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit
Dachverband von 29 NGOs der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit
1090 Wien, Berggasse 7;
Tel und Fax: 01/317 40 16
Mailto:agez-office@utanet.at
Homepage: <http://www.agez.at>



10 Jahre FAIRTRADE – a Story of Success



Bild: Johannes Zimmer

"RAUS AUS DER NISCHE- 10 JAHRE FAIRTRADE ÖSTERREICH", VNLR: FAIRTRADE BANANE, LEON LENHART, MICHAELA ADAMI-SCHROTT, FRITZ STUCLIK

FAIRTRADE Österreich feiert heuer sein 10-jähriges Bestehen. Auch wenn anfangs viele skeptisch waren, wurden in dieser Zeit insgesamt über 6,9 Millionen kg/l an FAIRTRADE Produkten – in über 377.000 Einkaufsstellen – verkauft. Damit ist der Faire Handel in den vergangenen Jahren aus seinem „Nischendasein“ heraus und in die Supermarktregale hinein gelangt.

FAIRTRADE kann 10 Jahre nach Gründung zufrieden Zwischenbilanz ziehen. Es begann 1993 auf Initiative vom ehemaligen Geschäftsführer des ÖIE Helmut Hartmeyer als kleines und ambitioniertes Experiment, welches von vielen guten Wünschen begleitet startete. Kaum jemand gab dem Projekt ernsthafte Überlebenschancen.

„Wir sind stolz auf unsere Entschlossenheit von damals. Jean-



Marie Krier und Helmut Adam haben sich besondere Verdienste erworben. Und es ist schön, die Kompetenz und das Engagement der heute Tätigen zu beobachten. FAIRTRADE wurde zu einer Erfolgsstory.“, so Helmuth Hartmeyer heute.

Heute fester Bestandteil der Wirtschaftsrealität in Österreich:

über 2.700 österreichische Geschäfte führen Produkte mit dem FAIRTRADE Gütezeichen, von fair gehandeltem Kaffee, Tee, Orangensaft, Kakao bis hin zu Schokolade, Bio-Bananen, Bio- Zucker und Honig. Die langjährige Kooperation mit den Weltläden, Bio-Fachmärkten und zahlreichen Supermarktketten hat zum großen FAIRTRADE Erfolg erheblich beigetragen wie auch die breite Unterstützung von 29 Trägerorganisationen aus dem NGO-Bereich. Damit stellt FAIRTRADE auch ein best practice für erfolgreiche NGO-Ver-netzung dar.

„Für die breite Bevölkerung sollte eine Möglichkeit geboten werden, beim täglichen Einkauf zu mehr Gleichgewicht zwischen Nord und Süd beizutragen“, so Helmut Adam, TransFair Geschäftsführer der Anfangsjahre und heute Vorstandsmitglied der AGEZ.



ZUCKERERNTE IN PARAGUAY, ERNTE DES FAIRTRADE BIO-ROHRZUCKERS IN DER FAIRTRADE COOPERATIVE EL ARROYENSE

Heute kann sich auch das offizielle Österreich nicht der Anerkennung entschlagen: So, Dr. Benita Ferrero-Waldner, Außenministerin: „FAIRTRADE gibt jedem die Möglichkeit, selbst aktiv zu werden für eine gerechtere Welt. Denn der Kauf von fair gehandelten Produkten schafft für Bauern in Entwicklungsländern ein sicheres Einkommen und Zukunftsperspektiven. Die KonsumentInnen profitieren von der hohen Qualität der fair gehandelten Produkte. FAIRTRADE ist also im wahrsten Sinne des Wortes ein doppelter Genuss – für die Menschen in Österreich wie in Entwicklungsländern.“

Die soziale Verantwortung ist ein Thema, das zunehmend im Lichte der öffentlichen Aufmerksamkeit und des Interesses der KonsumentInnen steht. Umfragen zeigen deutlich, dass VerbraucherInnen bei der Auswahl von Waren immer kritischer werden und auch bereit sind, mehr für ein Produkt zu bezahlen, das für sie wichtige Kriterien wie Bioanbau, Schutz des Regenwaldes oder Verbot der Ausbeutung von Kindern erfüllt.

Zahlreiche VerbraucherInnen wissen das zu schätzen: 12,5 Millionen Viertel-Kilopäckchen Kaffee (seit 93) wurden verkauft, 183 Millionen Teetassen (seit 94) und über 7,3 Millionen 50g Tafeln FAIRTRADE Schokolade (seit 97) konsumiert. Seit Einführung des fair gehandelten Orangensaftes 1999 wurden bereits 423.000 Liter getrunken sowie 14,4 Millionen Bananen (seit 02) verspeist. 20 Unternehmen sind inzwischen LizenznehmerInnen von FAIRTRADE.

Mit dem Kauf von fair gehandelten Produkten setzen österreichische KonsumentInnen ein Zeichen und haben in den letzten 10 Jahren dazu beigetragen, die Lebenssituation von über 49.000 Kleinbauernfamilien und PlantagearbeiterInnen in über 43 Ländern in Lateinamerika, Asien und Afrika zu verbessern. Gelder aus dem Fairen Handel werden für Grundversorgung, Bildungs- und Sozialprogramme, Maßnahmen zur Frauenförderung, die Umstellung auf den organischen Anbau und Kleinkreditprogramme verwendet.

Die Gütesiegel-Initiative FAIRTRADE wird von zahlreichen Trägerorganisationen wie Caritas, WWF, UNICEF und vielen anderen, der Europäischen Kommission und der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium unterstützt. Heute gilt FAIRTRADE als einer der wichtigsten Instrumente wirkungsvoller Entwicklungszusammenarbeit.

Und auch die EU repräsentiert schreibt Fischler anerkennend: „Einen Gruß, den ich mit einem großen Dankeschön an die FAIRTRADE Initiative verbinden möchte. Der Dank gilt all jenen engagierten Menschen, die sich tagtäglich durch ihr Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit verdient machen.“

10 Jahre FAIRTRADE Österreich in Zahlen

1993 startete FAIRTRADE in Österreich. Aufgrund zahlreicher Kampagnen zum Fairen Handel, Verkostungen und Veranstaltungen konnte das FAIRTRADE System in Österreich etabliert werden. Die hohe Geschmacksqualität fair gehandelter Produkte (mehrere Auszeichnungen



KAFFEEBÄUERIN MIT KAFFEEBOHNEN

Bild: fair trade



von KONSUMENT) hat die Imagekorrektur von Produkten mit dem FAIRTRADE Gütezeichen (Premium Produkt – doppelter Genuss - Qualität und soziale Kompetenz) wirkungsvoll gestützt.

Die erste Dekade ist nun erfolgreich abgeschlossen

- FAIRTRADE Absatz: seit Gründung 1993: über 6,9 Millionen kg/l Produkte mit dem FAIRTRADE Gütezeichen
- FAIRTRADE Umsatz: Kauf von Produkten mit dem FAIRTRADE Gütezeichen für über 50 Millionen Euro
- Vielzahl von unterschiedlichen Veranstaltungen, Aktionen, Schulungen und Projekten haben dazu beigetragen, das Bewusstsein bei KonsumentInnen zu stärken, Handlungsalternativen aufzeigen und die Menschen direkt dort ansprechen, wo Kaufentscheidungen getroffen werden

FAIRTRADE Kaffee in Österreich – ein Beispiel

Der Kaffee ist das bekannteste FAIRTRADE Produkt, neben der Bio-Banane

- über 3,1 Millionen kg fair gehandelter Kaffee wurden in den letzten 10 Jahren in Österreich verkauft
- Marktanteil in Österreich liegt derzeit bei 2,1%
- über 26 verschiedene FAIRTRADE – Kaffees, "Vielfalt für jeden Geschmack"
- KaffeeproduzentInnen haben im vergangenen Jahr durch FAIRTRADE über 570.000 Euro mehr

erhalten, als am Weltmarkt. Diese Einnahmen sind wichtiger denn je, angesichts des ruinösen Preisverfalls an den Rohstoffbörsen.

FAIRTRADE weltweit

- 900.000 Kleinbauernfamilien in über 320 zertifizierten Kooperativen in über 43 verschiedenen Ländern weltweit profitierten
- 443 LizenznehmerInnen nehmen am FAIRTRADE System teil
- weltweit wurden (01/02) mit FAIRTRADE Produkten rund 260 Millionen Euro Umsatz (Umsatzsteigerung rund 5%) in 17 Konsumentenländern erwirtschaftet
- Produzentengruppen erhielten davon über 40 Millionen Euro an Mehreinnahmen
- Absatzsteigerung der FAIRTRADE Produkte (01/02) weltweit rd. 22%

Trade Novy, Vorsitzende von FAIRTRADE Österreich sieht die Dekade als Aufbruch: „Das Engagement der solidarischen Zivilgesellschaft wird aber auch in Zukunft nötig sein, damit sich vor den Supermarktregalen immer mehr Menschen für ein menschenwürdiges und genussreiches Leben und somit für FAIRTRADE entscheiden.“ Dazu wird es aber neuer Kampagnenideen bedürfen auf die man schon gespannt sein darf, „die sicher und gewiss kommen werden.“, so Rainer Stoiber (Pressesprecher FAIRTRADE).

Infos:

www.fairtrade.at
Tel. 0810 500 770

Leserbrief schreiben



Bild: fair trade

FAIRTRADE KAKAO KOOPERATIVE CONACADO, DOMIKANISCHE REPUBLIK



Bild: David Mercado

KAKAOSCHOTEN AUS EL CEIBO, BOLIVIEN.



Bild: fair trade

KAKAOERNT





Die soziale Verantwortung von Unternehmen (CSR) aus zivilgesellschaftlicher Perspektive

Kernpositionen

CSR-Inhalte gehen über gesetzliche Verpflichtungen hinaus

Wenn sich Unternehmen im Rahmen der Selbstverpflichtung spezifische gesellschaftspolitische Ziele stecken, müssen diese über die Mindestanforderungen hinaus gehen. CSR-Bestrebungen dürfen gesetzliche oder kollektivvertragliche Rahmenbedingungen nicht aushöhlen und verbindliche Regelungen nicht zurückdrängen.

Stakeholder aktiv als Partner in den Dialog einbeziehen

Die ArbeitnehmerInnen-Interessenvertretung sowie alle anderen betroffenen Stakeholder (NGOs, lokal Betroffene im Umfeld des Betriebes) sind an der Entwicklung, Umsetzung und Bewertung von CSR-Maßnahmen einzubinden und konstruktive Formen der Zusammenarbeit zu finden.

Internationale Mindeststandards sind einzuhalten

Internationale Standards sowohl im Sozial- wie auch im Umweltbereich stellen die Mindestanforderungen für CSR-Maßnahmen dar. Verhaltenskodizes von Unternehmen haben auf völkerrechtliche Verpflichtungen und international anerkannte Vereinbarungen Bezug zu nehmen.

CSR-Maßnahmen in der ganzen Wertschöpfungskette einführen

Unternehmen müssen ihrer Verant-

wortung für Arbeitsbedingungen und Umweltschutz in den nationalen und weltweiten Wertschöpfungsketten (Zulieferbetriebe, SubunternehmerInnen, LizenznehmerInnen, HeimarbeiterInnen,...) nachkommen.

Einbindung von Frauen und Gleichberechtigung

Die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen ist in vielen Branchen um ein Vielfaches höher als jene der männlichen. Daher ist es unerlässlich, dass Frauen, auch in der Rolle von Arbeitnehmerinnenvertreterinnen, in jeder Phase der Entwicklung von CSR-Maßnahmen sowie in die Implementierung und Kontrolle eingebunden sind. Gleiches gilt auch für diskriminierte oder sozial benachteiligte Gruppen.

Glaubwürdigkeit gegenüber der Öffentlichkeit und KonsumentInnen

durch transparente Überprüfung Unabhängige Kontrollen sind für die Glaubwürdigkeit von CSR-Maßnahmen unabdingbar. Dies beinhaltet wirkungsvolle Kontrollmechanismen durch die Unternehmen, Einbeziehung beteiligter Interessensgruppen, umfassende Information an die Öffentlichkeit und Verifizierung durch unabhängige Stellen.

Ein auf Freiwilligkeit beruhendes Konzept der sozialen Verantwortung von Unternehmen ist ein erster

Schritt in die angestrebte Richtung. Doch kann die soziale Verantwortung nicht nur auf Basis freiwilliger Selbstverpflichtung geregelt sein. Gesellschaftliche Verantwortung ergibt sich aus einer gesellschaftlichen Verpflichtung, die für alle gleich und daher verbindlich sein muss. Wir sind der Auffassung, dass mittelfristig verbindliche Standards gesetzlich festgeschrieben werden müssen, wie sich Unternehmen weltweit im Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsbereich zu verhalten haben.

Das Positionspapier „Soziale Verantwortung von Unternehmen (CSR) aus zivilgesellschaftlicher Perspektive“

wurde unterzeichnet von folgenden Organisationen:

Entwicklungszusammenarbeit:

- Afro-Asiatisches Institut Wien (AAI)
- Arbeitsgemeinschaft Weltläden
- Berufspädagogisches Institut Mödling (BPI)
- CARE Österreich – Verein für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe
- Christoffel Blindenmission (CBM)
- Dreikönigsaktion - Hilfswerk der Katholischen Jungchar
- Evangelischer Arbeitskreis für Entwicklungszusammenarbeit (EAEZ)
- EZA Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt GmbH
- FAIRTRADE Österreich
- Frauensolidarität - Entwicklungspolitische Initiativen für Frauen in



- der „Dritten Welt“
- Hilfswerk Austria
 - HORIZONT3000
 - Katholische Frauenbewegung Österreichs (KFB)
 - Katholische Männerbewegung Österreichs (KMBÖ)
 - Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission
 - Österreichisches Nord-Süd-Institut für Entwicklungszusammenarbeit (ÖNSI)
 - Südwind - Verein für entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit
 - AGEZ-Oberösterreich
 - AGEZ-Steiermark
 - AGEZ-Tirol

- AGEZ-Vorarlberg
- Entwicklungswerkstatt Austria (EWA)
- Gesellschaft für bedrohte Völker Österreich
- JUGEND EINE WELT – Don Bosco Aktion Austria
- Österreichische Forschungsförderung für Entwicklungshilfe (ÖFSE)
- Wiener Institut für Entwicklungsfragen u. Zusammenarbeit (VIDC)
- Women in Development Europe (WIDE)

Interessensvertretungen:

- Bundesarbeiterkammer
- Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB)

Menschenrechte:

- Amnesty International

Umweltorganisationen:

- Greenpeace
- GLOBAL 2000
- WWF Österreich
- Vier Pfoten
- Verkehrsclub Österreich (VCÖ)

Die Langversion

zum Download unter:

<http://www.oneworld.at/agez/>

[Leserbrief schreiben](#)

CSR Austria – Unternehmen übernehmen gesellschaftliche Verantwortung

Von Mag. Wilhelm Autischer (Projektleiter CSR Austria)



Wirtschaft und Gesellschaft

Große und auch kleine und mittlere Unternehmen müssen sich nicht nur ihren Aktionären gegenüber rechtfertigen. Ihr Verhalten, ihr Umgang mit der Umwelt, den MitarbeiterInnen und ihrem gesamten Umfeld wird immer öfter Gegenstand öffentlicher Diskussion. Das kann weitreichende Folgen haben: die Palette reicht von unzufriedenen und somit weniger produktiven Mitarbeitern bis zu Imageverlust und in dessen Folge Kundenverlust.

Unternehmen engagieren sich in ihrem gesellschaftlichen Umfeld aber meist nicht aus dem Zwang heraus „gut dazustehen“, sondern weil sie ihre Verantwortung erkennen und den Nutzen sehen, den sie daraus

ziehen. Gut ausgebildete, kreative und motivierte MitarbeiterInnen sind heute der Grundstein für den unternehmerischen Erfolg. Dies gilt insbesondere für die Hochlohnländer Europas. Ein positives Image zieht zudem Investoren und Kunden an.

CSR Austria

Die Initiative CSR-Austria wurde von der IV in Kooperation mit der WKÖ und dem Wirtschaftsministerium im Oktober 2002 gegründet. Ziel ist es einen positiven Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu forcieren. Konkret bedeutet das die Bewertung existierender CSR-Modelle, um sie auf ihre Anwendbarkeit in österreichischen Unternehmen zu prüfen; die Darstellung des Wettbewerbsvorteils für Unternehmen, wenn sie gesellschaftlich verantwortlich handeln;



die Thematisierung in einer breiteren Öffentlichkeit, damit entsprechende unternehmerische Aktivitäten auch sichtbar werden; und einen Beitrag durch CSR zur Umsetzung der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie zu leisten.

CSR soll keine Zwangsmaßnahme werden, sondern auf Freiwilligkeit basieren. Durch die Initiative soll vermittelt werden, dass CSR ein Managementansatz ist, der ökonomische, soziale und ökologische Verantwortung zu einem integralen Bestandteil der Unternehmensstrategie macht. Das ist deshalb wichtig, weil jedes Unternehmen für sich prüfen muss, in welchem Rahmen ein Engagement möglich und sinnvoll ist.

Das Leitbild „Erfolgreich wirtschaften. Verantwortungsvoll handeln.“

Nach einem gemeinsamen Dialog mit Sozialpartnern, internationalen Organisationen und NGOs wurde ein CSR-Leitbild mit 16 Grundprinzipien entwickelt. Es soll den Unternehmen als Orientierung zur Umsetzung dienen. Die Kernaussage dieses Leitbilds lautet „Unternehmen mit Verantwortung sind wirtschaftlich erfolgreich, eingebunden in die Gesellschaft und verantwortlich für Umwelt und Zukunft“.

Die wichtigsten Punkte, neben der besonders bedeutsamen Zusammenarbeit mit den MitarbeiterInnen sind:

- Langfristig und wertorientiert: unternehmerische Tätigkeit soll zu einer langfristigen Wertsteigerung und dadurch zur Zukunftssicherung führen.
- Gesellschaftliche Integration fördern: Vermehrte Aktivitäten zur stärkeren Einbindung von Frauen in die Arbeitswelt sowie die besse-

re Nutzung der Erfahrungen älterer MitarbeiterInnen sind für die österreichischen Unternehmen ernsthafte Anliegen. Damit – und durch die Einbindung Jugendlicher, beispielsweise durch die Bereitstellung geeigneter Arbeitsplätze – leistet CSR einen Beitrag zur Integration der Gesellschaft.

- Globale Verantwortung: Das eigene Unternehmen ist selbstverständlich erstes Handlungsfeld jeder Führungskraft. Aber wir wissen nicht zuletzt aufgrund unserer umweltpolitischen Vorreiterrolle sehr gut, dass jedes Unternehmen „Nachbarn“ im weitesten Sinn hat, auf die Rücksicht zu nehmen ist und mit denen gemeinsam Lösungen entwickelt werden sollen.

Die nächsten Schritte

Die Initiative CSR Austria wird auch weiterhin aktiv den Dialog suchen. Als nächste Schritte sind geplant:

- die Einbindung der Bundesländer durch eine Diskussion von Best-Practices-Beispielen.
- die Verleihung des ersten österreichischen CSR-Preis „TRIGOS“. Er wird an Unternehmen in drei Größen und in den Kategorien Markt, Gesellschaft und Mitarbeiter verliehen. Die Initiatoren sind die IV, WKÖ, die Caritas, das Rote Kreuz, das SOS-Kinderdorf und der WWF.
- Das Projekt „Seiten-Wechsel“ bei dem Führungskräfte für eine Zeit in Non-Profit-Organisationen arbeiten und umgekehrt.
- „corporAID“: Unterstützung von und für Firmen bei Aktivitäten und Projekten der Entwicklungszusammenarbeit.
- Austrian Academy for Sustainable Development (ASD): Aus- und Weiterbildung für MitarbeiterInnen in Unternehmen für CSR.

Die bisherigen Schritte von CSR Austria waren die Aufbauarbeit, um eine solide Grundlage zu schaffen. Die nächsten Schritte sind der Umsetzung gewidmet und sollen dort erfolgen, wo gesellschaftliche Verantwortung auch passiert: in den Unternehmen. ■

Weiterführende Links

zu dem Thema

www.csr-austria.at

<http://csr.webisodes.at/website/output.php?idfile=1186>

www.trigos.at

[Leserbrief schreiben](#)



Ethik im Wirtschaftsprozess: Alles Kaufkraft, oder was?

Von Dr. York Lunau, Institut für Wirtschaftsethik der Universität
St. Gallen/Schweiz, Vorstandsmitglied des Deutschen Netzwerks
für Wirtschaftsethik

Lokaltermin bei Bantai Industries (private) Ltd. in Kalyanpur. In diesem Viertel von Dhaka, der derzeit vielleicht 15 Millionen Menschen zählenden Hauptstadt von Bangladesh, finden sich besonders viele Firmen der Textilbranche. Das Gespräch mit dem General Manager geht um Strategien zur nachhaltigen Erfolgssicherung. Es findet zwischen emsig Sportmützen nähenden und netenden Frauen statt, bei Männern, die zuvor Stoffballen ohne aufwändige Hilfsmittel umher wuchten, Stoffbahnen ausrollen und Stoffteile schneiden, sowie bei Menschen, die an Dampfpressen für eine saubere Formgebung sorgen, für die Qualitätskontrolle zuständig sind und die fertige Ware verpacken. Trotz Sprachbarriere fragen einige neugierig nach dem Anlass des Ausländerbesuchs oder erklären stolz ihre Aufgabe im Produktionsprozess. Das Klima ist also trotz harter Arbeitsbedingungen gut.

Nachhaltig erfolgreich könnten nur Unternehmen sein, die mit den Menschen arbeiten und nicht gegen sie. Am Verhalten der oft langjährigen Arbeiter und Angestellten würde diese noch deutlicher, fände der Besuch mit dem beliebten Eigentümer statt, meint der General

Manager selbstkritisch. Auch der fabrikeigene Kinderhort wird besichtigt – nicht ganz das, was man sich in Europa vorstellt. Der Firmeneigner initiierte einen Verein, der den Erfahrungsaustausch über Möglichkeiten sozial verantwortlicher Praktiken fördern soll. Auf der Suche nach einer Broschüre mit einer klaren Auflistung von Kosten und Investitionssummen sowie von Anlaufstellen für sachdienliche Informationen taucht im Stapel allerdings zuerst der Geschäftsbericht eines Schweizer Grossverteilers auf. Ja, deren Einkäufer seien ebenfalls schon einmal hier gewesen, doch ins Geschäft sei man leider nicht gekommen, denn man habe nicht nachweisen können, dass auch die Zulieferer ökologische und sozial verantwortliche Geschäftspraktiken verfolgen – ein harter Schlag in einer finanziell schwierigen Phase.

Es sind unzählige solcher Geschichten, aus der die Welt des Supply Chain Managements letztlich besteht, auch wenn sich die Diskussionen um Qualitätssicherung, Termintreue oder Informationsflusspräzision drehen. Zu arbeitsteilig ist die Weltwirtschaft inzwischen geworden und in zu komplexer Weise wirken sich unternehmerische Entscheidungen auf das Leben ver-

schiedenster Beteiligter und Betroffener aus, als dass Verantwortungsfragen ausgeblendet werden könnten. Obwohl Diskussionen über die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen generell in vollem Gange sind, an Intensität zunehmen und immer mehr auf strategische Weichenstellungen und operativen Abläufe in den Unternehmen durchschlagen, scheint die grösste Herausforderung in diesem Kontext noch weitgehend unerkannt: praktisches Supply Chain Management auf einer konzeptionellen Grundlage, die keine Überflutung des Geschäftsalltags mit allen Nöten dieser Welt mit sich bringt, aber auch nicht auf die lächerliche Formel hinaus läuft, man könne sich ja nicht um alles kümmern und sei darum eigentlich für gar nichts zuständig.

Die Angst vor ausufernden Diskussionen, bei denen bezüglich des jeweiligen Themas eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Akteuren in der Gesellschaft nicht gelingt und am Ende womöglich noch der Vorwurf fehlender Argumentationsbereitschaft oder -integrität im Raume stehen bleibt, ist verständlicherweise immens. Wohl deshalb kommt es beim Thema Supply Chain Management besonders häufig zum Rückfall



in das Pauschalargument, letztlich könnten doch nur gesellschaftlich anerkannte Leistungen im Markt überleben – und ohnehin verbiete sich eine Bevormundung des Käufers. Dass der Gedanke nicht völlig von der Hand zu weisen ist, nicht aber völlige Untätigkeit rechtfertigt, wird mit der anfangs angedeuteten Geschichte klar: Wie soll der Konsument das alles wissen?

Worin besteht die gesellschaftliche Grundaufgabe von Unternehmen genau? Welche Ausgangsposition man hier auch immer einnimmt, es nehmen die Anlässe zu, dass nach überzeugenden Begründungen gefragt wird, in welchen Strategien sich eine – im umfassenden Wortsinne – ‚gute‘ Unternehmensführung zeigt und welche Praktiken die Anerkennung verdienen, zumindest in die richtige Richtung zu gehen. Was ‚gute‘, also unter Sinn-

und Gerechtigkeitsaspekten überlegene Geschäftsaktivitäten sind, hierzu muss der Konsument mit seiner Kaufkraft natürlich sein Votum abgeben, doch tragende Akteure im Wirtschaftsprozess sind natürlich auch die Unternehmen. Die konstruktive Kritik, nach der Unternehmensethikberater gefragt werden, lautet hier vielleicht verkürzt: Einige Unternehmen machen sich innerhalb des Geschäftsalltags und bezüglich ganz konkreter Fragestellungen immer wieder neu an die Klärung und Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, viele warten noch immer lieber Krisen ab und rühmen sich derweil der Taten in der Vergangenheit.

[Leserbrief schreiben](#)

Autor:

...betreut am Institut für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen die Marke civis® (Dienstleistungen mit Blick auf die Anerkennung eines Unternehmens als wertvolles Mitglied der Gesellschaft): www.civis.ch

...engagiert sich als Vorstandsmitglied des Deutschen Netzwerks für Wirtschaftsethik für eine intensivere Nutzung dieser Wissenschaft/Praxis-Diskussionsplattform durch Österreicher und Schweizer: www.dnwe.de

Kontakt:

Dr. York Lunau
Institut für Wirtschaftsethik / civis®
Universität St. Gallen
CH-9010 St. Gallen
<http://www.civis.ch>
York.Lunau@unisg.ch

arbeitsraum-philosophie

Integrierte Kommunikation
für NGOs und NPOs

1030 wien, bechardgasse 16
www.arbeitsraum.at
office@arbeitsraum.at



Ethisch-ökologisches Investment

Von Mag. Susanne Hasenhüttl, (Leiterin der Plattform „Ethisch-ökologische Veranlagung“ in der ÖGUT - Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik)

Die Rahmenbedingungen, die Unternehmen weltweit vorfinden, sind derzeit großen Veränderungen unterworfen. Unternehmen rücken mit ihrem Gesellschafts- und Umweltengagement zunehmend ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Es wird von ihnen in steigendem Maß erwartet, auch in sozialen und umweltrelevanten Fragestellungen Verantwortung zu übernehmen. Es erfordert viel Flexibilität und große Anstrengungen, um den Anforderungen der verschieden gesellschaftlichen Gruppen gerecht zu werden und soziales und ökologisches Engagement glaubwürdig und transparent zu kommunizieren.

Unternehmen, die diesen wachsenden Ansprüchen gerecht zu werden versuchen, erweisen sich zunehmend als attraktiv für Investoren, denen das bisher einzige ausschlaggebende Erfolgskriterium der getätigten Veranlagungen – die kurzfristige Rendite – nicht mehr genügt. Diese Entwicklung wird auch in der weltweit steigenden Anzahl von Umwelt-, Ethik- und Nachhaltigkeitsfonds sichtbar. Das Volumen des Nachhaltigkeits-Kapitalmarktes in Europa wurde mit Ende 2001 mit 14,7 Mrd. Euro beziffert. Die Zahl der Investmentfonds, die nach ethisch-ökologischen Kriterien inves-

tieren, lag zum selben Zeitpunkt bei 266 – mit steigender Tendenz.



Was versteht man unter ethisch-ökologischem Investment?

„Grünes Geld“, „ökologische Geldanlagen“, „ethisches Investment“ etc. sind unterschiedliche Begriffe für Veranlagungen, bei denen ethische, ökologische und/oder soziale Komponenten bei der Auswahl und Realisierung der Investments berücksichtigt werden. Es wird also in Unternehmen investiert, die in ihrer Geschäftspolitik ökologische und soziale Grundsätze verfolgen. Diese Anlageform hat sich auch in Österreich in letzter Zeit sowohl für private als auch für institutionelle AnlegerInnen zu einer durchaus interessanten Alternative am Wert-

papiermarkt entwickelt. Wie bei konventionellen Finanzprodukten wird auch hier zwischen Aktien, Anleihen, Investmentfonds, Lebensversicherungen, Direktbeteiligungen und Sparformen unterschieden. (www.gruenesgeld.at)

Motive der AnlegerInnen

Waren es in den späten 1960er Jahren vornehmlich ethische und in der Folge - vor allem in Europa - ökologische Motive, die zur Anwendung von ethischen, ökologischen und sozialen Kriterien in Investments führten, so sind es heute durchaus konventionelle Investoren, die überzeugt sind, dass sich Nachhaltigkeit auch bezahlt macht. Die Integration von ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten in allen Managemententscheidungen entwickelt sich so zu einem Schlüsselkriterium für den ökonomischen Erfolg.

Dass Unternehmen mit guter Nachhaltigkeitsperformance auch ökonomisch überzeugen, belegten bereits verschiedenste empirische Untersuchungen. Eine aktuelle Studie der Rating-Agentur oekom research in Kooperation mit dem Bankhaus Morgan Stanley, die die Kursverläufe von 602 Unternehmen



des MSCI World Index analysiert haben, ergab, dass die Aktienkursentwicklung dieser Unternehmen in den vergangenen vier Jahren um 23 Prozent höher lag als jene ihrer weniger verantwortungsbewussten Wettbewerber. Die weit verbreitete Meinung, nachhaltige Kapitalanlagen würden in ihrer Finanzperformance dem Markt hinterher hinken, konnte somit - wiederholt - widerlegt werden.

Situation in Österreich

Der Markt für ethisch-ökologisches Investment in Österreich ist noch relativ klein; der gesamte institutionelle Markt ethisch-ökologischen Investments beträgt nicht einmal 1 Mrd. Euro. Die bestehenden Probleme liegen vielfach in fehlender oder unzureichender Information. PrivatanlegerInnen müssen zudem nach wie vor von sich aus aktiv werden und an die Banken herantreten, wollen sie ihr Geld nach ethischen, ökologischen oder sozialen Kriterien veranlagen. Dazu kommt die weit verbreitete Skepsis über die tatsächliche Qualität der „grünen“ Finanzprodukte. „Ist wirklich das drinnen, was drauf steht?“ Aus diesem Grund entwickelt der Verein für Konsumentinformation derzeit im Auftrag des Lebensministeriums Richtlinien für die Vergabe des Österreichischen Umweltzeichens für Investmentfonds (www.umweltzeichen.at), das bereits nächstes Jahr beantragt werden kann.

Neben den PrivatanlegerInnen sind die institutionellen Anleger, die Pensions- und Mitarbeitervorsorgekassen, eine bedeutende Zielgruppe nachhaltiger Finanzprodukte. Von den neun Mitarbeitervorsorgekassen, die seit 1.1.2003 die Arbeitnehmergelder nach dem neuen Betrieblichen Mitarbeitervorsorgegesetz veranlagen, bekennen sich sechs der Kassen dazu, ethisch-ökologische Kriterien in der Veranlagung zu berücksichtigen. Zu diesem Ergebnis kam die Plattform „Ethisch-ökologische Veranlagung“ der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik – ÖGUT (www.oegut.at), nachdem sie die Veranlagungspolitik der Mitarbeitervorsorgekassen untersucht hat. Diese Plattform umfasst zentrale Akteure aus dem Kreise der Banken, FinanzberaterInnen, Verwaltung und Interessensvertretungen zum Thema ethisch-ökologisches Investment mit dem Ziel, den Markt für diese Finanzprodukte in Österreich zu stärken (www.gruenesgeld.at). ■

[Leserbrief schreiben](#)

Links:

www.gruenesgeld.at
www.oegut.at
www.umweltzeichen.at
www.oeko-invest.de
www.nachhaltiges-investment.org
www.ecoreporter.de

**Nur noch
kurze Zeit!**



Jetzt Wortanzeigen

(bis 320 Zeichen) schalten.

Zur Einführung bis Ende Dezember: - **33%**

Jetzt nur 40,-, Sie sparen 20,- Euro. **Inkl. 1 Verlinkung !**



Was heisst faire Kleidung? Ein Beispiel für Ethisches Wirtschaften

Von Elisabeth Schinzel (Projektreferentin Clean Clothes Österreich)

Zwischen 1997 und 1998 erarbeitete die europäische Clean Clothes Campaign, die mehr als 150 Organisationen und Gewerkschaften aus Nord und Süd vereinigt den Clean-Clothes-Verhaltenskodex. Das Ziel ist, die Arbeitenden in der Bekleidungs- und Sportartikelindustrie vor Ausbeutung zu schützen und ihnen ein Mittel in die Hand zu geben, das ihnen erlaubt, ihre Rechte wahrzunehmen und zu ver-

die weiter arbeiten oder entlassen werden, müssen Unterstützungs- und Bildungsmaßnahmen bereitstellen.

Wesentlich ist auch die Kontrolle der Umsetzung: Der Kodex definiert eine unabhängige Kontrollinstanz, die die Anwendung und Einhaltung überprüft.

Leider hat in Österreich noch nie-

die ersten Firmen den Kodex der Kampagne unterschrieben. Es sind Mabrouc SA, Migros und Veillon. Diese Firmen haben sich schriftlich verpflichtet, die Verhaltensgrundsätze bei all ihren Lieferanten bekannt zu machen und die Einhaltung dieser Forderungen zu überwachen. Die unabhängige Kontrolle der Zulieferfirmen fand in Form eines Pilotprojektes in zwei asiatischen Produktionsländern statt.

CLEAN CLOTHES
kampagne für faire arbeitsbedingungen weltweit

teidigen. Die einzelnen Punkte stützen sich auf sieben fundamentale Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der UNO.

Die Arbeitenden sollen ausdrücklich auf der Basis eines Vertrages, der auch die Pflichten des Arbeitgebers enthält, angestellt werden. Im Besonderen legt der Kodex fest, dass die Löhne zur Deckung der Grundbedürfnisse der Angestellten und ihrer Familien ausreichen müssen und darüber hinaus noch ein Betrag zur freien Verfügung enthalten sein muss. Außerdem verlangt der Kodex, dass keine Kinder mehr eingestellt werden. Für die Kinder,

mand den Verhaltenskodex der Clean Clothes – Kampagne unterschrieben. Anders sieht es da in anderen europäischen Ländern aus. So können die Clean Clothes Campaigns in den Niederlanden, in Frankreich, Deutschland, Schweden, Großbritannien und in der Schweiz konkrete Fortschritte in ihrer Zusammenarbeit mit Bekleidungsunternehmen vorweisen. Diese reichen von der gemeinsamen Erarbeitung von Kodizes über Pilotprojekte in Herstellerländern bis hin zur Gründung einer unabhängigen Überprüfungseinrichtung wie der "Fair Wear Foundation" in den Niederlanden. In der Schweiz haben

Nun startete auch „Hess Natur“, der größte Versandhändler von Naturtextilien in Deutschland, ein Pilotprojekt mit der Clean Clothes-Kampagne. Das Unternehmen unterzeichnete einen Verhaltenskodex, der alle Sozialstandards der Kampagne enthält, und erklärte sich mit einer unabhängigen Umsetzungskontrolle einverstanden.

Die entsprechende Vereinbarung wurde nach einer eineinhalbjährigen Vorbereitungsphase abgeschlossen. Dabei wurde ein Modell eines firmeninternen Kontrollprozesses und einer unabhängigen Verifizierung



unter Beteiligung lokaler Akteure entwickelt, das bei erfolgreicher Umsetzung für alle Unternehmen mittelständischer Struktur gelten könnte.

Hess Natur wird seine Zulieferbetriebe und deren Sublieferanten über den Kodex informieren. Durch ein Fragebogensystem wird von der Firma die Einhaltung der Verhaltensregeln evaluiert und von einer CCC-Arbeitsgruppe ausgewertet. Parallel dazu werden auch andere Informationen über die Arbeitsbedingungen in den Betrieben, etwa über Gewerkschaften, abgefragt.

Das Herzstück des Pilotprojekts stellt die aus VertreterInnen von Hess Natur und der CCC gebildete Arbeitsgruppe dar. ArbeitnehmerInnen der Zulieferfirmen können sich direkt und anonym an diese Arbeitsgruppe wenden.

Im Zentrum der Untersuchung stehen Zulieferbetriebe in Deutschland und Osteuropa. Bei Unregelmäßigkeiten wird ein Audit, ein Untersuchungsverfahren, eingeleitet. Werden Arbeitsrechtsverletzungen entdeckt, wird ein Korrekturplan erstellt und die Umsetzung kontrolliert.

Beispielhaft an diesem Projekt ist, dass es Möglichkeiten für kleinere Betriebe, die nicht über die Mittel verfügen eine internationale Audit-Firma mit der Überprüfung ihrer Zulieferbetriebe zu beauftragen, aufzeigt.

Die Clean Clothes-Kampagne hofft, dass sich immer mehr Betriebe der Bekleidungs- und Sportartikelindustrie zu ihrer sozialen Verantwortung bekennen und gemeinsam mit der Kampagne und ArbeiterInnenvertretungen den Weg zu fairen Arbeitsbedingungen weltweit beschreiten.



ARBEITERIN IN EINER WEBEREI - CHINA, PROVINZ YUNNAN, DALI.

Bild: © epd-Bild/Rogner



NIKOMAS FABRIK INDONESIA · SICHERHEITSBEAMTE VERWEHREN EINEM FOTOREPORTER DEN ZUTRITT ZUR FABRIK NIKOMAS IN INDONESIA, WO ÜBER 24.000 ARBEITERINNEN U.A. FÜR NIKE PRODUZIEREN.

Bild: © Ashley Gilbertson / Oxfam

Der Clean Clothes Verhaltenskodex

- Keine Diskriminierung bei der Beschäftigung
- Keine ausbeuterische Kinderarbeit
- Achtung der Vereinigungsfreiheit und des Rechts auf Tarifverhandlungen
- Zahlung angemessener Löhne
- Keine überlangen Arbeitszeiten
- Menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- Arbeitgeber, Arbeitnehmerinnen und -nehmer definieren ein festes Beschäftigungsverhältnis
- Unabhängige Kontrollinstanz

Langversion des Verhaltenskodex der CCK:

<http://www.oneworld.at/cck/downloads/CoClang.PDF>

weitere Infos:

<http://www.cleanclothes.at>

[Leserbrief schreiben](#)



CSR – zwischen Greenwashing und ganzheitlicher Strategie

Von Silke Riedel (Dipl.-Sozialwissenschaftlerin) imug
Beratungsgesellschaft - Hannover

Corporate Social Responsibility (CSR) oder sozial verantwortliches Wirtschaften ist in den letzten Jahren immer mehr zum Oberbegriff von Unternehmensverhalten geworden, im gesellschaftlichem Rahmen umfassend soziale und ökologische Verantwortung zu übernehmen. Aufbauend auf dem Leitbild der „Nachhaltigkeit“ liegt der Umsetzung von CSR-Konzepten die Annahme zugrunde, dass gerade Unternehmen als bedeutende gesellschaftliche Akteure eine tragende Rolle bei der Sicherung des Lebensstandards heutiger und zukünftiger Generationen übernehmen müssen. Erfolgreiche unternehmerische Tätigkeit heißt deshalb nicht mehr nur ökonomische Ziele zu realisieren, sondern im Rahmen von Wertschöpfungsprozessen ökologische und soziale Verantwortungsübernahme als langfristigen Wertschöpfungstreiber zu verstehen.

Kritiker werfen dem Ansatz Beliebigkeit vor. Verbindliche Definitionen oder einheitliche Messlatten existieren nicht, machen allerdings auf Grund der Verschiedenartigkeit von Unternehmen auch keinen Sinn. CSR-Aktivitäten können und müssen je nach Unternehmensgröße und

Branchenzugehörigkeit von vielfältiger Ausprägung sein. Entscheidend für das Engagement ist zunächst einmal, dass CSR-Aktivitäten sich auf freiwillige, über das Gesetz hinausgehende Maßnahmen einer sozialen und ökologischen Verantwortung in allen Bereichen der Unternehmens-tätigkeit beziehen müssen, beispielsweise im Umweltschutz, im Umgang mit den Mitarbeitern, bei der Einhaltung internationaler Sozialstandards, bei der Veröffentlichung von Informationen oder beim Engagement in den Standort-gemeinden.

Immer wieder wird der Vorwurf laut, CSR werde gerade von Großunternehmen benutzt, um „Greenwashing“ zu betreiben. Im Rahmen der Unternehmenskommunikation werden Konzepte, Strategien und Leistungen durch plakative Darstellungen in Geschäfts- oder Nachhaltigkeitsberichten durchweg positiv dargestellt. Darstellungen kritischer oder negativer Art sind Mangelware. Ebenso fehlen oft Angaben darüber, wie beispielsweise Sozialstandards auf Unternehmensstandorte übertragen werden, die in Entwicklungsländern liegen. Die Kommunikationsleistungen der Unternehmen geben nicht immer

den tatsächlichen Umfang ihrer CSR-Performance wieder und können vor allem von der Öffentlichkeit nur unzureichend eingeschätzt werden. Dies ist insofern nicht überraschend, finden die Diskussionen um CSR und gesellschaftliche Verantwortungsübernahme von Unternehmen bisher in einem kleinen Kreis zwischen ausgewählten Unternehmen, Beratern, Politik und NGO's statt. Bei Bürgern und Verbrauchern scheint das Thema mit all seinen Facetten noch nicht angekommen zu sein.

Was es für die Zukunft braucht, ist eine größere öffentliche Wahrnehmung des Themas. Vor allem Konsumenten können dabei eine bedeutende Rolle einnehmen. Sie sollten durch ihre täglichen Kaufentscheidungen den Unternehmen klar machen, dass neben der Produktqualität auch das sozial-ökologische Verhalten von Bedeutung ist. Die Verantwortungsübernahme der Unternehmen kann damit im positiven Sinne belohnt oder im negativen sanktioniert werden. Dazu sind unabhängige Filter nötig, die das CSR-Engagement der Unternehmen bewerten und der Öffentlichkeit vergleichbare, nachvollziehbare Informationen bereitstellen. Sozial-ökologische Unter-



nehmenstests, wie sie das imug bereits seit über 10 Jahren durchführt, stellen für diesen Zweck ein probates Mittel dar, wenn sie es schaffen, zukünftig eine größere Anzahl von Unternehmen zu bewerten und die Informationen zielgruppengerecht der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Nur wenige Unternehmen haben es bisher geschafft, eine ganzheitliche CSR-Strategie zu entwickeln, die nicht neben der allgemeinen Unternehmensstrategie steht, sondern ein integraler Bestandteil von ihr ist. Patentrezepte für eine unternehmerische Annäherung existieren nicht, nur so viel scheint fest zu stehen: gesellschaftlich engagierte

Unternehmen berücksichtigen die ökologischen und sozialen Herausforderungen und verfügen über wirksame Instrumente, diese im Unternehmen umzusetzen. Sie kommunizieren intensiv mit der Öffentlichkeit, werden auch von kritischen NGO's als Vorreiter angesehen und haben über einen längeren Zeitraum überdurchschnittliche Leistungen im sozialen und ökologischen Bereich erzielt. ■

Autorin:

Silke Riedel (Dipl.-Sozialwissenschaftlerin) ist bei der imug Beratungsgesellschaft (www.imug.de) im Bereich Investment Research tätig. Sie ist dort für die sozial-ökologische

Bewertung von deutschen, österreichischen und Schweizer Aktiengesellschaften für den Finanzmarkt zuständig und betreut Finanzdienstleister bei der Entwicklung von nachhaltigen Investmentprodukten. ■

Kontakt:

Tel.: 0049-511-1219632
riedel@imug.de
<http://www.imug.de>

[Leserbrief schreiben](#)

Nachhaltiges Investment

Unabhängige Research-Agenturen veröffentlichen freiwilligen Qualitätsstandard

Fünfzehn Research-Agenturen aus England, den Niederlanden, Belgien, Italien, Spanien, Deutschland, Schweden und Frankreich haben einen freiwilligen Qualitätsstandard veröffentlicht. Darin verpflichten sie sich zu einem transparenten, nachvollziehbaren und genau dokumentierten Researchprozess zur Nachhaltigkeitsperformance von Unternehmen. Die Entwicklung des Qualitätsstandards war von der Europäischen Kommission gefördert worden.

Anfang diesen Jahres starteten 15 unabhängige Research-Agenturen aus Europa mit der Entwicklung eines freiwilligen Qualitätsstandards

für ihre Arbeit. Diese besteht in der Untersuchung tausender börsennotierter Unternehmen weltweit nach Hunderten von Kriterien, die sich auf die sozialen und ökologischen Leistungen von Unternehmen beziehen. Dazu kommen Themen wie Corporate Governance und Verbraucherinteressen.

Die Koordination des Projekts lag bei der Verbraucherzentrale Stuttgart; das Projektmanagement hatten EIRIS (London), Ethibel (Brüssel) und das imug (Hannover) übernommen. Die deutschen Agenturen scoris und oekom waren ebenfalls an der Entwicklung beteiligt.

Transparente Standards beim Research verschaffen Fondsmanagern und Anlegern die notwendige Orientierung und Sicherheit. Mit Hilfe des freiwilligen Qualitätsstandards CSRR-QS 1.0 haben sich die unabhängigen Research-Agenturen darauf verständigt, Investoren und Unternehmen eine Reihe von

Qualitätskriterien an die Hand zu geben. Diese Qualitätskriterien betreffen die Unabhängigkeit, den Umfang, die Dokumentation, die Aktualität, die Vergleichbarkeit, die Relevanz, Stakeholderkontakte und die Veröffentlichung von Researchergebnissen. Im nächsten Jahr wird die Pilotfassung des Qualitätsstandards erprobt.

Die junge Branche der Research-Agenturen für nachhaltiges Investment will damit in Bezug auf die eigene Arbeit genau so Transparenz schaffen, wie sie es von Unternehmen in Bezug auf deren Nachhaltigkeitsleistungen fordert. ■

Info:

Der freiwillige Qualitätsstandard kann per E-Mail im Wortlaut angefordert werden beim imug (contact@imug.de, Stichwort: Qualitätsstandard)

10 Jahre Briefbomben - Völkische Ideologen haben Marsch durch Institutionen angetreten

Von SOS-MITMENSCH

Rund zwei Drittel der Briefbombenopfer waren im Zusammenhang mit dem Lichtermeer als UnterstützerInnen von SOS Mitmensch aufgetreten. Deshalb ziehen wir zehn Jahre nach den ersten Bomben Bilanz. Die spontane Solidarität der Bevölkerung mit den Opfern bei einer kurzfristig einberufenen Mahnwache habe gezeigt, dass der gewalttätige Rechtsextre-

mismus in der österreichischen Bevölkerung keinen Rückhalt hatte. Es gebe keinen Hinweis darauf, dass sich dieser Umstand geändert habe.

Doch völkische Ideologen hätten mittlerweile den Marsch durch die Institutionen angetreten und kulturalistisches Gedankengut in den Rang offizieller Deutungsmuster gesellschaftlicher Konflikte gehoben. So sei es reaktionären Seilschaften beispielsweise gelungen, ihre Vertreter in Schlüsselpositionen des Asylwesens zu platzieren und die menschenrechtlich hochsensible Asylpolitik unter tatkräftiger Mithilfe der gemäßigten Eliten zu einem Schauplatz völkischer Abwehr umzufunktionieren. Nicht die Frage wie Verfolgte bestmöglich geschützt werden können dominiere den Diskurs, sondern die Frage wie möglichst viele "Fremde" von Österreich weg gehalten werden könnten.

Die systematische Präsentation von afrikanischen Asylwerbern als Drogendealer liege im Interesse die-

ser Ideologie, da die Zuweisung von schuldhaftem Verhalten erlaube, eine ganze Bevölkerungsgruppe aus der gesellschaftlichen Solidarität auszuschließen. Gegen diese Sündenbockpolitik habe sich seinerzeit schon das Lichtermeer gerichtet, das als Auslöser der Radikalisierung rechtsextremer Gruppierungen in Österreich gesehen werden kann.

Der österreichische Briefbombenterror sei fast nicht deutschnational und kaum österreich-patriotisch aufgetreten. Seine Position seinen in den Bekennerschreiben vor allem durch die Abgrenzung von Slawen und andern Gruppen definiert worden. Dieser "weiße Fleck" - sich selbst, das "Weiße" als normal und gegeben vorauszusetzen - sei auch heute in der österreichischen Gesellschaft ein kaum überwundenes Wahrnehmungsmuster und Grundlage einer latent rassistischen, periodisch aufschwappenden Stimmung. ■



SHETLANDPONY NELSON



Nelson braucht Hilfe!

Bei Esperanza herrscht vorweihnachtliche Aufregung. Shetlandpony Nelson, Liebling der Jugendlichen im sozialtherapeutischen Zentrum für tiergestützte Pädagogik, musste notoperiert werden. Wieder auf dem Weg der Besserung, reißen jedoch seine Operations- und Nachbetreuungskosten ein tiefes Loch ins Budget für die gesamte Tierhaltung auf dem revitalisierten Bauernhof.

Bitte helfen Sie uns mit Ihrer Spende!

Verein zur Unterstützung der Tiere von Esperanza:

Spendenkonto: Sparkasse Wieselburg
Konto Nr.: 0410-051650
BLZ: 20257



Zentrum für tiergestützte Pädagogik

Als Dankeschön für Ihre Unterstützung senden wir Ihnen nicht nur ein aufatmendes Wiehern, sondern präsentieren Sie auf Wunsch gerne auf unserer vielbesuchten Homepage. Nähere Infos unter **07483 / 77 20** oder direkt auf **www.esperanza.at**

„*Tu felix Austria siehst weg!*“

Von Hans-Christian Scheid
(ORF und Buchautor)

In diesen Tagen jährt sich zum 10. Mal der Ausbruch eines unsehligen Terrorgeschehens, das Österreich im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts erschüttert hat. Zunächst mit Briefbomben, später mit Rohrbomben wurde ein „mysteriöser Kampf“ geführt. 4 Menschen starben und zahlreiche weitere Menschen wurden schwer verletzt. 1999 wurde ein gewisser Franz Fuchs aus Gralla bei Leibnitz von einem Geschworenengericht in Graz deswegen zu lebenslanger Haft verurteilt. Nicht einmal ein Jahr später beging der Mann Selbstmord. Franz Fuchs hatte nie ein umfassendes Geständnis in dem Fall abgelegt, behauptet lediglich ein untergeordnetes Mitglied der ominösen Bajuwarschen Befreiungsarmee gewesen zu sein. Mit dem Briefkopf „Salzburger Eidgenossenschaft-Bajuwarsche Befreiungsarmee“ und seitelangen Bekennerschreiben wurde die Täterschaft in dem Fall übernommen. Als Journalist habe ich in diesem Kriminalfall jahrelang recherchiert und bin ganz eindeutig im Gegensatz zur behördlichen Einzeltäter-These zur Erkenntnis gelangt, dass für den ominösen und abscheulichen Terror nur eine Gruppe verantwortlich sein konnte. Vielleicht meinen Sie, geschätzter Leser jetzt, oje do kommt schon wieder so ein Verschwörungstheoretiker daher. Dies entkräfte ich gerne mit folgendem, mich bis heute sehr nachdenklich stimmenden Hinweis:

Franz Fuchs wurde im Grazer Prozeß auch für die Abfassung sämtlicher Bekennerschreiben schuldig gesprochen. Da möge man mir nun bitte erklären, wie Franz fuchs an bestimmte Inhalte und Informationen gelangt sein soll, die in den Bekennerschreiben wieder gegeben waren. Unter anderem an Gutachten, die damals nur dem österreichischen Innenministerium bekannt waren. Dies und noch viel andere offene Fragen, die ich auch in einem Buch (Franz Fuchs – Doch kein Einzeltäter? Styria-Verlag 2001) zu dem Fall stellte, sind bis heute unbeantwortet und ungeklärt geblieben.

Leider neigt Österreich hier einmal mehr dazu, lieber zu vereinfachen, lieber weg zu sehen und zu verdrängen. Ich vermisse die offene Gesellschaft, die sich engagiert für Rechtsstaat und Demokratie einsetzt und sich nicht zufrieden gibt, mit einer aus meiner Sicht viel zu „billigen“ und einfachen Lösung des größten Kriminalfalles der 2. Republik.

Kaum ein Journalistenkollege hat sich die Mühe gemacht, tiefer zu blicken, kein Politiker hat etwa in der Form einer parlamentarischen Anfrage nach gefragt. Juristische Praktiker wie Theoretiker blicken bis heute weg. Weder die Familie von Franz Fuchs ist interessiert die Rolle des Familienmitglieds näher zu beleuchtet zu sehen, noch die Opfer des Terrors und deren Angehörige sind zu meiner Verwunderung interessiert, Hintergründe und Abgründe in dem für mich leider nicht restlos, geklärten Fall auf die Spur zu kommen.

Du glückliches Österreich, schau also ruhig weiter weg !



Schau der Sozialbaustellen

**Dienstag, 9. Dezember 2003,
16.00 bis 18.00 Uhr**

Veranstalter: work@social (GPA) informiert und diskutiert über aktuelle Entwicklungen im Wiener Sozialbereich

Wo: 1010 Wien, Schwedenplatz
Wien - Die Wiener GPA-Interessengemeinschaft work@social präsentiert "Baustellen" im Sozialbereich. Schwerpunkte der Schau sind Behindertenbetreuung, Asylbetreuung, Förderungspolitik und die Auswirkungen von GATS. Der Punschausschank erfolgt zugunsten der Asylinitiative von Ute Bock unter dem Motto "Bock auf Solidarität".

55 Jahre Menschenrechte - 15 Jahre Friedensbüro

Die Menschenrechte - und die kulturelle Identität Europas"

09.12.2003, 19.00 Uhr

Wo: Literaturhaus Elisabethstr. 30, 8010 Graz

Veranstalter: Friedensbüro Graz
Konrad György, ehem. Präsident des P.E.N.

Anschl. Interkulturelles Buffet und Musik. Anmeldung im Friedensbüro: 0316/872-2183

Infos:

friedensbuero.graz@nextra.at
<http://www.friedensbuero-graz.at>



Menschenrechte global - lokal.

10.12.2003, 19.00 Uhr

Wo: ETC - Mozarthof Schubertstraße 29, Graz

Veranstalter: ETC, Liga für Menschenrechte und Friedensbüro Graz

Es diskutieren: Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Benedek, Univ.-Lektor Dr. Karl A. Kumpfmüller sowie VertreterInnen der politischen Parteien und des AusländerInnenbeirates Graz

Infos:

0316/322-888

Film Fair Filmabend

10.12.2003, 20.00 Uhr

Ort: Schikaneder Kino 1040 Wien, Margaretenstraße 24

Veranstalter: Südwind Agentur, Clean Clothes Kampagne

"The Navigators" von Ken Loach, GB 2001, OmU; Eintritt: 6 Euro

Im Anschluss: Cotton Club mit DJ Thomas Divis

Infos:

01/ 405 55 15-326,
<http://www.cleanclothes.at>

Österreichweites Vorbereitungstreffen zum 2. ASF (Austria Sozial Forum)

13.12.2003, 10:00 - 17:00 Uhr,

Wo: Hs 7, Uni Wien, Dr. Karl Lueger-Ring 1, 1010 Wien

Es geht unter anderem um die Gestaltung des 2. ASF in Linz und um die Einrichtung der Arbeitsgruppen. Jede/r ist willkommen, die/der sich in den Sozialforums-Prozess einbringen will. An den

Sozialforen nehmen Organisationen, Netzwerke und Einzelpersonen teil, die sich dem Neoliberalismus entgegenstellen und dabei sind, eine auf die menschliche Entwicklung zentrierte Gesellschaft aufzubauen. Es ist ein Raum, der allen Teilen der Zivilgesellschaft offen ist.

Termine:

Aktuelle Terminübersicht:
www.socialforum.at

Asylgesetznovelle 2003

12.12.2003, 13.00 - 18.00 h

Wo: Asylkoordination Österreich 1080 Wien, Laudongasse 52/9

Veranstalter: Asylkoordination Österreich

Nun ist es fix: ab Mai 2004 tritt das neue Asylgesetz in Kraft.

Schwerpunkte:

- Zulassungsverfahren
 - Aufschiebende Wirkung
 - Kriterien eines offensichtlich unbegründeten Asylantrags
 - Neuerungsverbot
 - Sonderbestimmungen für Traumatisierte
 - Zugang zu AsylwerberInnen
- Kenntnisse des geltenden Asylgesetzes sind Voraussetzung für eine sinnvolle Teilnahme.

Referentin: Anny Knapp, asylkoordination österreich

Vorkenntnisse: Asylgesetz 1997, Bundesbetreuungsgesetz 1991

Preis: 35 Euro

Anmeldung: per email an krem-la@asyl.at, oder per Fax an (01)532 12 91-20

Infos:

01/532 12 91-20 fax,
krem-la@asyl.at

Miss Malaika Wahl 2003
Celebrating Unity in Diversity:
Beauty without Borders

13.12.2003, 20:00

Wo: Palais Auersperg 1080 Wien, Auerspergstr. 1

Veranstalter: Shika Creations, Austrian-Benin-Association

Infos:

0664/496 40 26

Afrikanischer Weihnachtsmarkt

13. und 20. Dezember

Erster afrikanischer Weihnachtsmarkt vom Verein MAKUTI mit Waragi-Punsch. Jeweils 13. und 20. Dezember von 14.00 bis 20.00 Uhr.
Wo: Nussdorfer Strasse 75, A-1090 Wien

Infos:

www.makuti.at

Ein Jahr CAM

Cultural African and Austrian Movement

14.12.2003, ab 19.00 h

Wo: BACH 1160 Wien, Bachg. 21
Veranstalter: Cultural African and Austrian Movement

Räume im WWW: Regional-Wide-Web als Steuerungsinstrument für eine integrierte nachhaltige Regionalentwicklung

Von Dipl.-Ing. Stefan Gärtner und Dipl.-Kff. Judith Terstriepp

(Institut Arbeit und Technik-Forschungsschwerpunkt Innovative Räume, Gelsenkirchen/BRD)

Das Internet wird allgemein als ein Schrittmacher der ökonomischen und kulturellen Globalisierung angesehen. Die Vernetzungsinfrastruktur, die grundsätzlich alles mit allem vernetzt macht die Region partiell obsolet. Dabei wird allerdings übersehen, dass trotz der Möglichkeit der weltweiten Vernetzung, der geographische Raum zunehmend an Relevanz gewinnt. So sind viele Marktplätze, Kompetenzportale, internetgestützte Wertschöpfungsketten, Col-laborative Commerce Portale und Logistiksysteme im Kern lokal bzw. regional ausgerichtet. Aber nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Regionalentwicklung bedient sich zunehmend moderner Informations- und Kommunikationsinstrumente, so u. a. die clusterorientierte - an endogenen Potenzialen ansetzende - Wirtschaftsförderung (Gärtner, Terstriepp 2002). Diese Tendenzen lassen darauf schließen, dass ein ähnlicher Prozess, wie er im Rahmen der Globalisierung und Regionalisierung zu beobachten ist, im Internet stattfindet und sich weiter verstärken wird: von der Entortung zur partiellen Verortung im World Wide Web.

Betrachtet man die Netzwerke im Cyberspace wird deutlich, dass zumindest für einzelne Sektoren diverse Beispiele einer Verräumlichung bzw. einer bewussten Entwicklung regionaler Wertschöpfungsketten mit Hilfe von IT-Instru-

menten zu finden sind. Zur Verdeutlichung folgend ein kurzes Beispiel:

Im Rahmen eines vom Bundesministerium für Bildung und Forschung der BRD geförderten Projekts haben wir gemeinsam mit der Rheinisch Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (kurz: RBW) ein Kompetenzportal (www.impuls-50plus.de) zum Aufbau von Branchennetzwerken in den Bereichen „Planen, Bauen, Wohnen“, „Dienstleistung, Handel, Einkauf“, „Gesundheit & Wellness“ und „Freizeit & Tourismus“ entwickelt. Aufgrund der regionalen Ausrichtung der Initiative fanden sich in kürzester Zeit interessierte Unternehmen aus der Region zusammen. Die Initiative nutzt den lokalen Nachfrageimpuls um in regionalen Netzwerken entsprechende Produkte und Dienstleistungen für die Zielgruppe der über 50-Jährigen zu entwickeln. Damit wird eine doppelte Zielsetzung verfolgt: Einerseits soll die Initiative dazu beitragen, durch entsprechende Angebote die Lebensqualität der Zielgruppe zu erhöhen, andererseits soll sie den Unternehmen am Standort neue Absatzmöglichkeiten eröffnen.

Effekte

Das Beispiel zeigt erste positive Wirkungen: Aus einzelbetrieblicher Sicht ergeben sich Vorteile durch branchenspezifische Informationen, eine Verringerung von Transport-

und Transaktionsaufwenden, die Erschließung neuer Geschäftsfelder usw.. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass dadurch ebenfalls ökologische Nachhaltigkeitspotenziale freigesetzt werden. Infolge der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit ergeben sich für die Region ein erhöhtes Steueraufkommen und eine Ausweitung des Arbeitsplatzangebots. Ferner unterstützen solche Portale die Identitätsbildung nach Innen sowie die Profilbildung nach Außen und bedingen damit bereits für sich genommen positive Effekte für die Regionalentwicklung.

Allerdings ließen sich diese Effekte noch vergrößern, würden sektorale Netzwerke auf regionaler Ebene in einer Gesamtstrategie koordiniert, so ließen sich z.B. ergänzende Serviceleistungen, wie regionale Logistiksysteme, anbieten. Viele der heute vorzufindenden regionalen Netzwerke im Internet existieren jedoch parallel nebeneinander, wie die Vielzahl verschiedener regionaler Online-Marktplätze, die zudem nicht über eine hinreichende Seriosität verfügen, veranschaulicht. Das Projekt [kompetenzhoch_](http://kompetenzhoch.de) der Städte Remscheid, Wuppertal und Solingen kann dabei als eine Konzeption angesehen werden, die sich der Aufgabe einer Integration der sektoralen Netzwerke auf Ebene der Region stellt: Ziel ist es, die im Rahmen einer Kompetenzfeldpolitik entwickelten Kompetenzportale

untereinander zu verbinden. Zu den Ergebnissen können noch keine Aussagen gemacht werden, da es sich dabei um Konzeption handelt, die sich derzeit in der Umsetzungsphase befindet. (weitere Informationen: www.kompetenzhoch3.de).

Dass trotz der vielfältigen Potenziale integrale Netzwerke nicht öfter zur Anwendung kommen, hat diverse Ursachen: Oftmals fehlt es an einer gemeinsamen Interessenslage der beteiligten Akteure. Die Realisierung einer ganzheitlichen Strategie erfordert jedoch einen breiten Konsens und setzt die Beteiligung einer Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichsten Interessenlagen voraus.

Die Komplexität der Aufgabe stellt außerdem einen nicht zu vernachlässigbaren Barriere für die Realisierung ganzheitlicher Strategien dar, denn eine integrierte Entwicklung der Region ist auch ohne ambitionierte webbasierte Vernetzungsstrategien bereits ein komplexer Prozess. Die Möglichkeiten, diesen Prozess durch den Einsatz von IT-Instrumenten zu unterstützen bzw. zu vereinfachen werden dabei allerdings vielfach unterschätzt

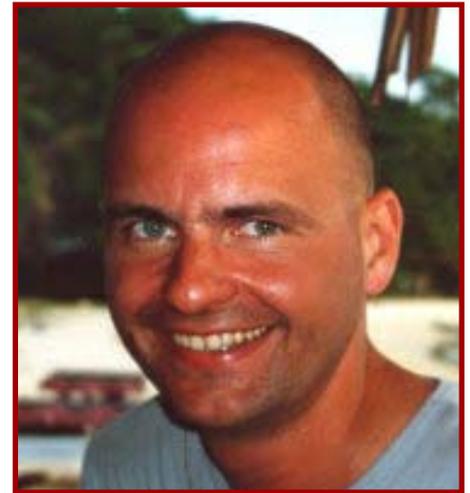
Ferner sehen viele die nicht unbegründete Gefahr, dass eine ganzheitliche webbasierte Strategie nichts anderes bedeutet, als den bereits bestehenden, organisch gewachsenen, Netzwerken eine Top-down-Struktur überzustülpen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt sich ein Vorgehen, das die relevanten Akteure rechtzeitig einbezieht.

Regional-Wide-Web als Public Service

Um zukünftig das Potenzial webbasierter Vernetzungen konsequenter auszuschöpfen, ist es unumgänglich, dass die Gebietskörperschaften die

Strategiefindung im Sinne einer zeitgemäßen Infrastrukturplanung als ihre Aufgabe ansehen. Genauso wie durch den Bau von Straßen und das Vorhalten eines öffentlichen Personennahverkehrs dafür gesorgt wird, dass Unternehmen zueinander kommen und Konsumenten in die Einkaufsstraßen gelangen, kann es als neue Aufgabe der Daseinsvorsorge (Public Service) angesehen werden, die notwendigen Infrastrukturen und Vernetzungsstrategien zur Nutzung des Internets zu entwickeln und diese Prozesse ggf. auch zu koordinieren. Den Kommunen, Kreisen, Regionen usw. würde demnach die Aufgabe obliegen, eine Art Basisinfrastruktur in Form eines „Regional-Wide-Web“ zu schaffen. Dabei geht es nicht um E-Government und schnelle Datenleitungen, sondern vielmehr um die grundsätzliche Koordinierung von und Strategiefindung für eine solche Basisinfrastruktur. Selbstverständlich lassen sich dabei technische Lösungen nicht ausklammern, so kann das Hosting einzelner Seiten genauso ein Instrument zur Gesamtintegration darstellen wie die Bereitstellung eines Regionalportals mit den entsprechenden webbasierten Anwendungen, Datenbanken und Schnittstellen.

Abschließend ist festzuhalten, dass der Raum auch im Zeitalter der Informationstechnologie keineswegs „ortslos“ geworden ist und die regionale Verankerung vertrauensfördernd wirken kann, parallel dazu jedoch Räume existieren, die ortsübergreifend sind und sich nicht an regionalen Besonderheiten orientieren. Daher zielt das Konzept des Regional-Wide-Webs darauf ab, Region entlang der vor Ort vorhandenen Kompetenzen zu entwickeln, aber international zu positionieren ohne dabei auf überzogenen Regionalismus zu setzen. ■



DIPL.-ING. STEFAN GÄRTNER



DIPL.-KFF. JUDITH TERSTRIEP

Zur Auslagerung des AMS Kulturservice in Wien – ein Bericht



Wie im GLOCALIST Nr.10 berichtet soll das Wiener AMS Kulturservice, welches besonders von den SchauspielerInnen hoch gelobt wird, ausgelagert werden. Anlässlich dieser Pläne veranstaltete die IG Freie Theaterarbeit ein Pressekonferenz mit rund 200 TeilnehmerInnen am 3.12. im Kulturcafe Depot (Wien), um hier einen späten, breiten Diskussionsprozess einzuleiten.

Hintergrund

Die Konflikt- und Widerspruchslinien lassen sich rasch beschreiben: Das AMS Wien meint langfristig mit seinen Planstellen strenger und effizienter haushalten zu müssen und zweitens soll ein verbessertes Service- und Betreuungsangebot realisiert werden. Dies glaubt das AMS Wien am besten durch eine Auslagerung des KünstlerInnenservice umsetzen zu können. Hintergrund ist die allgemeine Einsparungspolitik der Bundesregierung. Der ursprüngliche Gedanke, welcher nach gut unterrichteten Kreisen aus dem Umfeld Martin Bartensteins kommen dürfte, war es eine Privatagentur zur Vermittlung einzusetzen, was wohl als ein erster Schritt zur völligen Privatisierung der Arbeitsmarktvermittlung zu verstehen wäre. Dieser Ansatz wurde jedoch fallengelassen, da er grundsätzlichen, internationalen Arbeitsrechtsbestimmungen (ILO Abkommen von 1974) widerspro-

chen hätte. Tatsache ist, dass das AMS dzt. finanziell trotz steigender Arbeitslosenzahlen ausgehöhlt. Der Gedanke, daß man dadurch die SPÖ-Wien in Verlegenheit bringen kann, indem man das AMS zu einer scharfen Politik gegenüber NGOs zwingt, liegt wohl nahe. Die unterschiedlichen Sprach- und Lebenswelten und die realen Existenzängste der Betroffenen tun dann ihr übriges.

Die derzeitigen Pläne sehen das WUK als Ort und Träger vor. So wurde das WUK um die Ausarbeitung eines Konzept gebeten, welches ein 3 Stufen Modell (Clearing -Vermittlung - Umschulung) mit sieben Personen vorsieht. Hans Flasch (Geschäftsführer des WUK) betont, dass er für eine Ausarbeitung wie Realisierung zur Verfügung steht, aber nicht zum Preis der Verschlechterung des allgemeinen Betreuungsniveaus. Dzt. bereite man eine Konzeption vor, „...die das WUK aus eigenen Mitteln finanziert.“, so Hans Flasch.

Die InteressensvertreterInnen der KünstlerInnen schließlich beklagen einerseits die inexistente Einbindung der Betroffenen und ihrer Interessensvertretungen andererseits weisen sie auf die Gefahr hin, dass es mit einer Auslagerung rasch zu einer Schließung kommen kann. Schließlich moniert man von Seiten der Interessensvertretungen, dass eine

effiziente Betreuung die jahrelange Auseinandersetzung mit diesem Bereich voraussetzt.

Das Happening

Die Pressekonferenz selbst mutierte rasch zu einem sehr emotionalen Presse-Happening. Vor dem Hintergrund der Rückeroberung der Diagonale sehen sich die VertreterInnen der verschiedenen Interessensorganisationen bestärkt, dass ein entschlossenes, gemeinsames Handeln etwas zum Besseren bewegen kann.

TeilnehmerInnen am Podium waren:

Ingeborg Friehs (Stv. Leiterin des AMS Wien), Patricia Hirsch-Bichler (Gewerkschaft Kunst, Medien, Sport, freie Berufe), Anna Maria Krassnigg (Regisseurin), Nika Sommeregger (Regisseurin), Hubsi Kramar (Regisseur und Schauspieler), Kurt Ockermüller (ADA Österreichischer Regieverband, Regisseur) und Sabine Kock (Interessengemeinschaft Freie Theaterarbeit). Im Publikum waren u.a. anwesend Hans Flasch (Geschäftsführer WUK), zahlreiche politische VertreterInnen und betroffene KünstlerInnen.

Die Forderungen der KünstlerInnen lassen sich folgend zusammenfassen: Erhalt der bestehenden Struktur und Personalressourcen und deren künftigen Ausbau. Im konkreten will man

die Zusammenfassung der Betreuung, Vermittlung und Beratung aller in Österreich tätigen Kunstschaffenden, Aufbau einer eigenen Geschäftsstelle im AMS mit einer ausreichenden Erweiterung des Personalstandes und die strukturelle Vernetzung mit der bundesdeutschen Einrichtung ZBF. Weiters fordert man unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten die konzeptionelle Einbeziehen des Expert/innen-Know-hows der Künstler/innen und ihrer Interessenvertretungen.

Dr. Ingeborg Friehs betont wiederholt, dass mit einer Auslagerung Qualität des Betreuungsniveaus gehoben werden kann, was vom Publikum sehr scharf angezweifelt wird. Pars pro toto meint Sabine Kock: „Wir werden und sind nicht eingebunden in die Erstellung der Konzeption und wir lehnen auch eine Auslagerung grundsätzlich ab.“ Kurt Ockermüller ergänzend: „KünstlerIn sein ist keine Freizeitbeschäftigung und wir sind keine Almosenempfänger. Die Auslagerung ist verdächtig; sie besteht aus zwei Worten: AUS und LAGER.“ Auch die Gewerkschaft sieht sich missbraucht: „Wir sind nicht zu den Vorgesprächen eingeladen worden, obwohl man uns dies zugesichert hat. Eine Minute nach 12 zieht man uns bei, worüber wir sehr unzufrieden sind.“ (Patricia Hirsch-Bichler).

Die korrigierenden Worten von Ockermüller wurden von Dr. Friehs bereitwillig aufgenommen, die „...künftig nicht mehr von Auslagerung, sondern nur mehr von Leistungszukauf.“ sprechen will. Friehs meint weiter, dass sie durchaus die Qualität des bestehenden Service anerkennt, im besonderen der Leiterin Dr. Merkl, jedoch „...jeder sei ersetzbar.“, ein Kommentar, welches sehr großen,

lautstarken Unmut auslöste. Friehs räumt ein, dass dzt. kein Konzept vorliege und es erst zu einer „Auslagerung“ kommen wird, wenn ein Konzept verbindlich vorliegt, welches mit Ende Jänner vom AMS Wien präsentiert werden soll und das AMS Wien dann laut Friehs gerne zur Diskussion einladet.

Wie aus gut informierten Kreisen nachträglich zu erfahren war, wird dzt. versucht doch noch einen gemeinsamen, konstruktiven Weg zu finden.

Politische Reaktionen

Die politischen Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten. Die GRÜNEN und die SPÖ verurteilen scharf die Auslagerung des AMS Kulturservice. Die GRÜNEN brachten am 5.12. einen Entschließungsantrag ein, der von der SPÖ mitgetragen wird, wonach das AMS Kulturservice nicht auslagern zu sei, sondern vielmehr ausgebaut werden solle.

„Die Auslagerung des KünstlerInnen-service aus dem AMS-Wien ist der Einstieg in den Ausstieg aus der Betreuung einer ganzen Berufsgruppe“, kritisiert Eva Glawischnig, stv. Klubobfrau und Kultursprecherin der Grünen, den Plan des AMS-Wien, das AMS-KünstlerInnenservice an eine private Organisation zu übertragen. „Das AMS“, so Glawischnig, „muss Know-how und Kompetenz bündeln und allen zugänglich machen. Die Auslagerung von Vermittlung und Betreuung hingegen vernichtet Kompetenz und Qualität der Arbeit.“

Christiane Muttonen, Kultursprecherin der SPÖ „Die Sparpolitik der Bundesregierung habe dazu geführt, dass es wirklich in allen

Bereichen "ordentlich im Gebäck kracht". Die prekäre Personalsituation im AMS Wien führe nun dazu, dass mittlerweile offensichtlich nicht einmal ausreichend Ressourcen für die Beratung und Vermittlung zu Verfügung stehen. Denn was sonst könnte der Grund für die Auflösung und Auslagerung des KünstlerInnen-service beim AMS Wien sein? Offensichtlich müssen die bisher für die Betreuung der KünstlerInnen zuständigen MitarbeiterInnen in andere Bereiche des AMS abgezogen werden.“

Ausblick

Chance wie Herausforderung für das AMS ist es nun, dass es mit den betroffenen NGOs aber auch mit NGOs aus anderen Bereichen durch ernsthafte Gespräche und einem echten Dialog eine neue, effiziente Allianz aufmachen könnte. Der Weg ist sehr einfach; die gemeinsamen Interessenlage erkennen und einander ein Stück weit vertrauen, denn die Aushöhlung hat andere Verursacher und bekannte Gründe. Fatal wäre die überhastete und konzeptionsarme Auslagerung und ein Zerwürfnis zwischen dem WUK und den Interessensvertretungen der KünstlerInnen., denn dann wäre die Niederlage perfekt und der Flurschaden nahezu irreperabel.

In der nächsten Ausgabe des GLOCALIST ist der Schwerpunkt Kulturpolitik, wo wir über neue Entwicklungen berichten werden. (red)

TOIHAUS

Theater am Mirabellplatz

Vor 20 Jahren beschloss eine freie Gruppe in Salzburg „sesshaft“ zu werden und gründete unter der Leitung von Myrto Dimitriadou, die bis heute die Geschicke dieser Bühne lenkt, kurzerhand das Toihaus.

Wenn Sie Toihaus finden wollen, müssen Sie sich in das Andräviertel begeben. Den Eingang finden Sie an der Franz-Josef-Straße 4, dem einzigen Boulevard von Salzburg mit dem Flair von Paris. Architektur und Ambiente dieser Gegend zeichnen ein großstädtisches Bild von Salzburg. Eines dieser „Boulevardhäuser“ ist zu einem Theater umgebaut worden. Für das Toihaus ist der Ort auch Programm: Theater in der Tradition moderner Urbanität.

In ihrem Spielplan finden Sie eigene Kreationen, inspiriert von zeitgenössischen, auch zeitpolitischen Themen, Bearbeitungen und Inszenierungen von Texten - von Lyrik bis Roman -, Uraufführungen von zeitgenössischen und oft unbekanntem Theaterautoren, musikalische Kompositionen, die sie in Auftrag geben und in Theatergeschehen verwandeln. Ihr Repertoire ist das Ergebnis eines „Forschungslabors“. Nach neunzehn Jahren kontinuierlicher Theaterarbeit zeigt sich die Ästhetik des Hauses geprägt vom Stil des Zusammenspiels von Tanz, Sprache, Musik, Mime, bildender Kunst und neuen Medien. Auch ihre Themen sind am Puls der Zeit.

Die Programmatik: Theater für Erwachsene und Kinder. Für Kinder, weil die Lebenskunst des Kunstrezipierens schon in jungen Jahren gelernt werden muss. Nicht nur das erwachsene Publikum schätzt die Seriosität der künstlerischen Mittel und den Anspruch an Themen und

Inhalt. Dieselbe Seriosität investiert das Toihaus auch mit Erfolg in Theater für junge und jüngste Menschen. Das anspruchsvolle Konzept funktioniert. Es zeigt sich sogar, dass viel junges Publikum die Abendstücke besucht, aber auch viele Erwachsene die Stücke für junges Publikum sehen wollen.

In der Stadt Salzburg hat das Toihaus durch seine künstlerische Konsequenz eine besondere Stellung in der Salzburger Theaterlandschaft und ein unverkennbares Profil gewonnen. Aber auch international wird die Arbeit des Toihauses wahrgenommen und geschätzt. Dafür spricht eine lange Liste von kontinuierlichen Einladungen zu renommierten Festivals in Österreich und Europa.

Solome

Lou Andreas-Salomé sagte: „Ich kann weder Vorbildern nachleben, noch jemals ein Vorbild darstellen, für wen es auch sei...“ Angenommen, eine beeindruckte junge Person der heutigen Zeit entdeckt darin sich selbst: „...aber mein Leben ganz nach mir selbst bilden, das werde ich ganz gewiß!“ Ist diese Muse für Nietzsche, Freud und Rilke dann ihr Vorbild? Wer war eigentlich diese Ikone des 19. Jahrhunderts? Was ist ein Vorbild? Und wann beginnt das Dilemma?

Lou Andreas-Salomé ist eine Literatin der Jahrhundertwende, die durch ihre berühmten Freundschaften und ihren freien und selbstbewussten Lebenswandel ihren ganz eigenen Ruhm erwarb. Vorbilder sind Menschen, die vor dem eigenen Leben stehen, die man gern an seiner Seite hat und die man vielleicht irgendwann hinter sich lässt. Schön ist, wenn das Vorbild hinter dir steht.



Stell dir vor, das Vorbild ist vielleicht gar kein Vorbild, weil paradox, also einfach nur ein Bild, und das steht hinter dir, aber sonst steht niemand hinter dir, aber du stehst mitten auf der Bühne, nämlich ganz allein – diese Vorstellung könnte doch zum Dilemma werden...

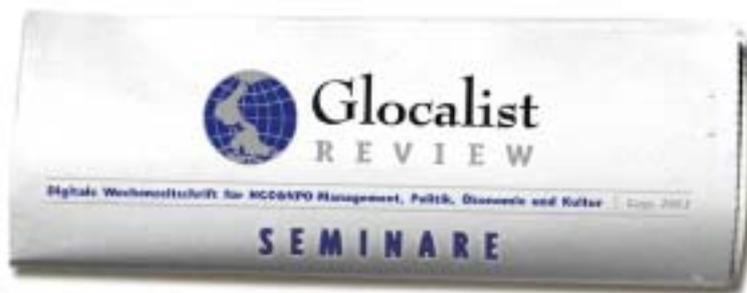
Die junge Frau, die hier auf der Bühne steht, eifrig bemüht, aber immer am Rande des Abgrunds, mit vollem künstlerischen und körperlichem Einsatz, aber auf sehr rutschigem Boden, den roten Faden verlierend, um drei neue wieder zu finden; kurz: die, geschickt und unbeholfen, unschuldig und indiskret, temperamentvoll und schüchtern sich das große Theater erhofft und die kleine Alltagstragödie direkt neben dem großen Lebensentwurf findet; die im Sprint und auf höchster Wirklichkeitsstufe ein Kammerstück abliefern, wie schnell eine simple Frage eine Bühne bevölkern kann – diese junge Frau beginnt also ihr Porträt mit einer Frage.

Ab 12.12.03 ist Toihaus in Wien zu Gast im dietheater Konzerthaus. ■

Infos unter:

<http://www.dietheater.at>
Spielplan für alle Freien Gruppen
österreichweit:

<http://new.heimat.de/freietheater/>



2. Cross-Media Seminar: Pressearbeit für NGO-Professionals - 12.12.2003

Inhalt:

PR - Grundlagen und Integrierte Kommunikation für NGOs.

Gebote und Verbote guter Cross-Media Medienarbeiten!

Interner Aufbau einer professionellen Pressearbeit.

Wie gestaltet ich meine Pressearbeit lebendig - kreative Medienarbeit.

Instrumente der Medienarbeit.

Aufbau einer professionellen Presseausendung. (Inhalte, Struktur, Datei-Formate)

Wie verwende ich das E-Mail als Kommunikationsinstrument?

Übungen anhand Beispielen aus der Praxis.

Abschluss mit einer professionellen Presseausendung.

Professionelle Cross-Media Pressearbeit ist Grundvoraussetzung für moderne Kommunikation.

Trainer: Dr. Christian Neugebauer, vormalig Geschäftsführer der Publicis Networks und direct&digitale GmbH und Denkwerkstatt für PR. Gründer und Geschäftsführer von arbeitsraum-philosophie: agentur für analoge&digitale kommunikationswirtschaft. Lektor an der Werbe-Akademie (WIFI-Wien).

Beschränkte TeilnehmerInnenanzahl (max. 10). Alle TeilnehmerInnen erhalten ein TeilnehmerInnenzertifikat.

Seminarkosten (8 Std): 250,- Euro exkl. MwSt.*, exkl. Anreise, exkl. Unterkunft und exkl. Verpflegung.
Wann: 12. Dezember von 10.00 Uhr bis 19.30 (inkl. 3 Pausen)
Wo: Wien (Seminarort wird mit Anmeldung mitgeteilt)

Bitte die Seite ausdrucken, ausfüllen und unterschrieben faxen:

+43/1/597 6855

Ja, ich nehme verbindlich am Seminar „CROSS-MEDIA PRESSEARBEIT“ teil.

Name

Organisation

Position/Abteilung

Anschrift

PLZ/Ort

Tel/Fax

Mailadresse

Datum

Unterschrift/Stampiglie

*Die Teilnahmegebühr wird vor Ort bezahlt. Stornogebühr ab 14 Tage vor Beginn 50%, 5 Tage vor Beginn 100%.

Stadt Wien - Neuer Fonds, Neue Kunst



KULTURSTADT-
RAT ANDREAS
MAILATH-
POKORNY

Wien – Am 2.12. hat die Gemeinde Wien beschlossen einen Fonds für Kunst im öffentlichen Raum einzurichten. Die Ressorts Kultur, Stadtentwicklung und Wohnbau starten mit 2004 diesen Fonds KUNST IM ÖFFENTLICHEN RAUM.

Ziele sind die Anhebung der Qualität von Kunst im Öffentlichen Raum, ihre Förderung, Dokumentation und Vermittlung. Eine noch nicht genannte bestehend aus fünf ExpertInnen sollen über die eingereichten Projekte entscheiden. Weiters ist beabsichtigt selbständig Projekte zu initiieren bzw. Wettbewerbe auszuschreiben. Die Basisfinanzierung soll rund 800.000 Euro jährlich betragen.

Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny zur Einrichtung des Fonds: "Durch dieses Projekt ergeben sich neue Möglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler, außerhalb der großen Institutionen auf die Menschen zuzugehen und sich mit räumlichen und gesellschaftlichen Situationen auseinanderzusetzen".

Saskya Schwaiger, Pressesprecherin des Kulturstadtrates, kann zu den Einreichmodalitäten noch keine genaue Angaben machen, da diese durch eine Fachjury festgelegt werden, die vom Kulturstadtrat persönlich nominiert wird und zu welcher noch keine Namen genannt werden können. Im Gespräch ist aber aus gut unterrichteten Kreisen u.a. der Installationskünstler Bernd Fasching. ■

Markenartikelverband Österreich - Dr. Gottfried Gröbl (Masterfoods Austria) neuer Präsident



Wien - Im Zuge der Generalversammlung 2003 des Österreichischen Verbandes der Markenartikelindustrie wurde Dr. Gottfried Gröbl, Masterfoods Austria OHG, zum Präsidenten für die Funktionsperiode 2003/2005 gewählt.

Dr. Friedrich Stara, Henkel Central Eastern Europe GmbH, der die Geschicke des Markenartikelverbandes vier Jahre hindurch gelenkt hat, konnte statutengemäß nicht mehr wiedergewählt werden. Dr. Stara wird aber weiter dem Vorstand des Markenartikelverbandes angehören.

Im Zuge der Generalversammlung des Markenartikelverbandes, dem derzeit 132 Mitglieder angehören, wurde auch die Markenartikel-Kampagne 2004 beschlossen. Sie wird nach dem Muster der sieben vergangenen Kampagnen abgewickelt werden und stellt den größten und konzentriertesten gemeinsamen Auftritt der Markenartikelindustrie europaweit dar. Im Mittelpunkt der Markenartikel-Kampagne 2004, die wieder im Februar laufen wird, steht das Produkt, dessen Qualität und Innovationsgehalt. ■

§15a-Einigung zwischen Bund, Länder u. NGOs

Wien - Caritas-Präsident Franz Küberl sieht den nach 14-jähriger Diskussion nunmehr erzielten Abschluss der §15a-Vereinbarung als einen großen Schritt in Richtung einer menschlich, sozial und rechtlich vernünftigeren Betreuung von Asylwerbern. Österreich ist in der Frage der humanitären Versorgung von Asylwerbern endlich in der EU angekommen, zeigt sich Caritas-Präsident Küberl erleichtert über die nach jahrelangem Ringen und Rechtsstreit erzielte Regelung zur Versorgung von Asylwerbern.

Damit wird in Zukunft der öffentlichen Verpflichtung Rechnung getragen, für die Versorgung von Asylwerbern während des Asylverfahrens zu sorgen, wie sie die EU-Richtlinie vorsieht und der OGH mehrfach festgestellt hat. Außerdem ist auch die sehr umstrittene Reform des Bundesbetreuungsgesetzes von November dieses Jahres obsolet, da laut Auskunft der Fachleute des BMI dieses durch die §15a-Vereinbarung materiell derogiert wird und damit die entscheidenden Punkte nicht mehr anwendbar sind.

Der Caritas-Präsident hofft, dass die Vereinbarung sehr rasch umgesetzt wird. Denn angekündigt und zugesagt sind schon viele Dinge worden. ■

ADVENT, ADVENT im WEB

Der Verein Autonome Frauenhäuser stellt ihren Online-Adventkalender mit dem Motto „24 erhellende Sterne zum Thema Gewalt“ unter www.aof.at und der CARE Österreich Online-Adventkalender enthält einerseits Erfolgsgeschichten von Menschen, denen CARE eine Zukunftsperspektive eröffnen konnte, andererseits bietet der Kalender täglich eine Gewinnchance auf schöne Geschenke aus den Projektländern. Zu sehen unter www.care.at (red) ■

HOSI-Wien:

“Corporate Social
Responsibility”

Ende der Diskriminierung von Lesben und Schwulen?

Am 3.12. wurde auf einer Veranstaltung in den Börsensälen in Wien das Leitbild der österreichischen Wirtschaft zur “gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen” (Corporate Social Responsibility) präsentiert. Die Ausarbeitung dieses Leitbilds – “Erfolgreich wirtschaften. Verantwortungsvoll handeln” - erfolgte im Rahmen eines intensiven Dialogs zwischen VertreterInnen der Wirtschaft, der Sozialpartner und von NGOs. Koordiniert wurde die Erstellung des Leitbilds von CSR-Austria, einer Initiative der Industriellenvereinigung, der Wirtschaftskammer Österreich und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Aus der Lesben- und Schwulenbewegung war die Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien in diesen Prozess eingebunden. Ihr ist es auch zu

verdanken, dass die Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung schließlich berücksichtigt wurde, denn im Erstentwurf des Leitbilds hatte noch jeglicher Hinweis darauf gefehlt.

“Wir freuen uns, dass unser Vorschlag aufgegriffen wurde”, erklärt dazu HOSI-Wien-Obfrau Helga Pankratz. “Wir hoffen, dass die österreichischen Unternehmen auch diesen Aspekt der Leitlinie ernst nehmen werden, wobei sich im Zusammenspiel mit dem Verbot der Diskriminierung in der Arbeitswelt, wie es die EU-Richtlinie 78/2000 festschreibt, echte Chancen für eine spürbare und nachhaltige Verbesserung der Situation von Lesben und Schwulen in ihrer Arbeitsumwelt ergeben.”

“Einige Unternehmen haben bereits erkannt, dass ein diskriminierungsfreies Umfeld die Zufriedenheit der MitarbeiterInnen und damit auch ihre Produktivität erhöht”, verweist HOSI-Wien-Obmann Christian Högl auf die Anstrengungen einer leider noch kleinen Avantgarde von Firmen, die durch so genanntes Diversity-Management die Vielfalt ihrer Belegschaft positiv im Sinne aller nutzen. “Sie sollten anderen Unternehmen als Vorbild dienen. Für Firmen, die glauben, auf Maßnahmen in diesem Bereich verzichten zu können, könnte sich dies bald als nicht unbedeutender Wettbewerbsnachteil erweisen.” (text: hosi) ■

GLOBAL2000

Ein schmutziges Geschäft der ÖMV?

Der ecuadorianische Regenwald gehört zu den artenreichsten Gebieten der Welt. Im Oriente – wie das Amazonasgebiet in Ecuador genannt wird – sind bereits 40 Prozent des Regenwaldes durch Erdölförderung zerstört worden.

Nun hat sich ausgerechnet der österreichische Ölmulti OMV in zwei Ölfelder (Block 7 und Block 21) im Quellgebiet des Amazonas eingekauft und ist damit an der Zerstörung des wichtigsten Naturparadieses dieser Erde

beteiligt. Denn Ölförderung und Regenwaldschutz sind unvereinbar.

Seit Donnerstag, den 6. November 2003 befindet sich eine Delegation der OMV zu einem Umweltaudit in Ecuador. Dieses soll die endgültigen Voraussetzungen für den Abschluss des Kaufs der Anteile an Block 7 (25%) und Block 21 (17,5%) schaffen.

Die Delegation wurde von Vertretern der indigenen Gemeinschaften schon am Flughafen „empfangen“. Tragischer Hintergrund der Proteste: Der Menschenrechts- und Umweltaktivist Angel Shingre wurde zwei Tage zuvor auf offener Straße erschossen. ■

Mehr Infos:

<http://www.global2000.at/index3.htm>

OMV

... es ist nicht ihr **Inserat**, wie schade...

anzeigenleitung@glocalist-review.com

MUTTER SEELEN ALLEIN

Hilfsaktion für Aidswaisen in Afrika



Bild: Kindernothilfe

Wien - Nach beinahe einem Jahr zieht die neue Geschäftsführerin der Kindernothilfe Österreich eine positive Bilanz. Luzia Wibiral: „Kinder in ihrem natürlichen Lebensumfeld zu stärken ist der richtige Weg aus dem Dilemma von Hunger, Krankheit und mangelnder Bildung.

Die Kindernothilfe Österreich setzt sich dafür ein, Waisenkinder Zukunft und Geborgenheit zu ermöglichen. Gemeinsam mit der Partnerorganisation Kindernothilfe Deutschland fördert sie die Unterstützung ganzer Dorfgemeinschaften, damit die Kinder in einem sicheren Umfeld aufwachsen können und geschützt werden. Die Versorgung mit sauberem Wasser und Lebensmitteln für besonders Bedürftige gehört dabei ebenso zu den Maßnahmen, wie die Stärkung des Bildungswesens und die Förderung Einkommen schaffender Maßnahmen.

Unter dem Motto „Mutterseleneallein“ startet die Kindernothilfe Österreich ihre Hilfsaktion für Aidswaisen in Afrika: Die Kampagne umfasst Infoscreen, Direct Mailings sowie Anzeigen in Tageszeitungen und Magazinen.

Kindernothilfe Österreich
1010 Wien, Dorotheergasse 18
Tel.: 01/513 93 30,
Fax: 01/513 91 80

Spendenkonto
Konto Nr. 310 028-03031
Erste Bank, BLZ 20111

Auch online unter:
info@kindernothilfe.at
www.kindernothilfe.at/kat/spenden

MUSEEN

Neue Website für das Wien Museum



Wien – Unter den neuen Namen präsentiert das „Wien Museum“ auch seinen neuen Web-Auftritt <http://www.wienmuseum.at/>. Interessant ist der Stadtplan, wo mit Mausover die Museen angezeigt werden und man weitere Informationen aufrufen kann. Dieser Plan versteckt sich leider in der zweiten Navigationsebene und will erst gefunden werden. Der Kalender ist thematisch gegliedert, die Suchfunktion liefert mit

der Eingabe „Ponger“ leider kein Resultat, obwohl aktuell eine Ausstellung von Lisl Ponger läuft und die Navigationsanordnung scheint nicht logisch-intuitiv sein bzw. lässt User doch rätseln. Suche ich z.B. nun eine aktuelle Ausstellung unter den Navigationspunkt Ausstellung oder Aktuell? Nicht verständlich ist, warum die Website nicht strikt behindertengerecht erstellt worden ist. ■

ATTAC - Kirche (est. 30 n.Chr.) vertritt Kernanliegen von ATTAC (est. 2000 n.Chr.)

Wien – „Attac Österreich begrüßt ausdrücklich die wirtschaftspolitische Ausrichtung des Sozialworts der 14 christlichen Kirchen in Österreich. Dem „Neoliberalismus wird eine klare Absage erteilt“, so Christian Felber von Attac Österreich

„Das Sozialwort liest sich über weite Strecken wie die Gründungsdeklaration von Attac Österreich“, so Felber weiter. Egal, ob die „Regulierung der Finanzmärkte“, die „Einführung der Tobinsteuer“, das klare Bekenntnis zueiner öffentlich-solidarischen Grundversorgung von der Bildung bis zum Trinkwasser, der unmissverständliche Hinweis auf den „Vorwand der Unfinanzierbarkeit“ der Sozialsysteme, die „ausgleichende Steuerpolitik“ oder die Forderung nach einer „Aufwertung multilateraler Umweltschutz- und Menschenrechtsabkommen“ gegenüber Freihandelsabkommen - all das sind Kernanliegen von Attac. Das globalisierungskritische Netzwerk hat zum Thema Wirtschaft und soziale Verantwortung einen Input für das Sozialwort geliefert.“ (text: attac) ■

HANDBUCH der

Österreichischen NGOs & NPOs 2004

Bestellfax: 01/ 597 68 55

Subskriptionspreis bis 28. Februar

Ja, ich möchte als **Abonnent des Glocalist** mit ABO-Nr: _____ das Handbuch der HANDBUCH DER ÖSTERREICHISCHEN NGOs & NPOs 2004 bestellen:

- Digital (als PDF-Dokument) 75,- Euro
 Print 75,- Euro inkl. Versand in Österreich
 Print&Digital: 130,- Euro inkl. Versand in Österreich

Ja, ich möchte das Handbuch der HANDBUCH DER ÖSTERREICHISCHEN NGOs & NPOs 2004 bestellen:

- Digital (als PDF-Dokument) 100,- Euro
 Print 100,- Euro exkl. Versandkosten
 Print&Digital: 150,- Euro exkl. Versandkosten

Vorname/Nachname _____

Firma/Organisation _____

Mail _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Tel _____ Fax _____

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche ab Bestellung schriftlich widerrufen kann, unter office@glocalist-review.com, oder per Post an A-1035 Wien, Postfach 54, Kennwort: Glocalist Review. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Header/Poststempels). Zahlungsziel 7 Tage ab Rechnungserhalt. Preise inkl. 10% Mwst.

Datum: _____ Unterschrift: _____